

# freiheit der wissenschaft

Nr. 4 • Dezember 2008 F 1634 F  
Herausgeber: Bund Freiheit der Wissenschaft

Lieber Leser	Seite	2
Aus der Arbeit des Bundes Freiheit der Wissenschaft	Seite	3
Briefwechsel zum Bildungsgipfel	Seite	6
Verurteilt und erschossen Erinnerung an deutsche Akademiker, die in der SBZ/DDR Opfer für die akademische Freiheit brachten Teil 2: 1949 – 1953 Von Kurt Reinschke	Seite	7

## AUS DEN BUNDESLÄNDERN

<b>Bayern</b> Bundes-Direktoren-Konferenz zur Einheitsschule	Seite	14
<b>Berlin</b> Erfolgreiche Hauptschule	Seite	15
<b>Nordrhein-Westfalen</b> Aktionsbündnis Schule: Positionspapier zur Schulstruktur Mitgliederversammlung der Landeselternschaft der Gymnasien	Seite Seite	16 17
<b>Impulse oder Illusionen? 1968 und die Pädagogik</b> Von Michael Felten	Seite	21
<b>Deutsch ins Grundgesetz!</b>	Seite	22
<b>Aus Hochschule und Wissenschaft</b>	Seite	23
<b>Nachruf auf Horst Sanmann</b>	Seite	25

## BÜCHERREVUE

Gerstner/Wetz:  
Einführung in die Theorie von Schule (Holzapfel)

Grübener: Wege nach PISA  
Berichte aus dem Inneren eines Gymnasiums (Uhl)

Maier:  
Kultur und Bildung – Gesammelte Werke Bd. III (Dirsch)

Müller: Berlin 1968, Die andere Perspektive (Kinzel)

## freiheit der wissenschaft

Offizielles Organ des Bundes  
Freiheit der Wissenschaft e. V.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte, Zeichnungen und Fotos und andere Beiträge übernimmt der Empfänger keine Haftung. Abdruck mit Quellenangabe und Belegexemplar gestattet.

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Ansicht von Herausgeber und Redaktion dar, sondern die persönliche Meinung des Verfassers.

Zuschriften und Stellungnahmen zu Themen und Artikeln dieses Heftes sind willkommen. Wiedergabe und redaktionelle Kürzungen bleiben vorbehalten. „freiheit der wissenschaft“ erscheint in herkömmlicher Rechtschreibung.

**Herausgeber:** Vorstand des Bundes Freiheit der Wissenschaft e. V.

**Redaktion:** Dr. Winfried Holzapfel

**Verbandsgeschäftsstelle:**

Postanschrift:

Charlottenstraße 65,  
10117 Berlin-Mitte (U-Bahnhof  
Stadtmitte, nahe Gendarmenmarkt)

**Büro:** Petra Schauf

Die Geschäftsstelle dient auch als Kontakt- und Informationsstelle.

Für größere Veranstaltungen steht ein Hörsaal zur Verfügung.

Telefon: (0 30) 20 45 47 04

Fax: (0 30) 20 45 47 06

**E-Mail:**

bund.freiheit.wissenschaft  
@t-online.de

**Internet:**

<http://www.bund-freiheit-der-wissenschaft.de>

**Bankverbindung:**

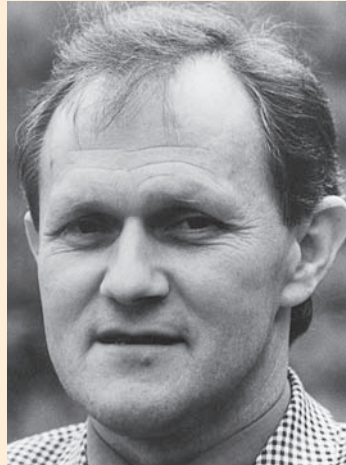
Deutsche Bank AG, Bonn  
(BLZ 380 700 24), Kto. 0 233 858

Verlag, Herstellung und Anzeigen:  
Vereinigte Verlagsanstalten GmbH,  
Höherweg 278, 40231 Düsseldorf  
Internet: [www.vva.de](http://www.vva.de)  
E-Mail: [info@vva.de](mailto:info@vva.de)  
Anzeigenleitung: Ulrike Niggemann  
Anzeigenverkauf:  
Panagiotis Chrissovergis  
Tel. 02 11/73 57-8 41  
Fax 02 11/73 58-8 44

Anzeigentarif Nr. 16

ISSN 0343-7752

# Lieber Leser,



**Josef Kraus ist Präsident des Deutschen Lehrerverbandes und Mitglied im Erweiterten Vorstand des Bundes Freiheit der Wissenschaft**

Mitte November 2008 konnte man es wieder erleben: Wenn es um PISA geht, kennen die Deutschen – zumindest in vielen Redaktionsstuben – keinen Spaß und inszenieren sich gerne als Volk der Gallensäfte. Wahrscheinlich hat das mit einem Nationalcharakter zu tun, für den ein Glas nie halb voll, sondern immer halb leer ist. Reicht es nämlich für Deutschland mal – beim Fußball oder bei PISA – nicht zu einem Spitzen-, sondern vermeintlich nur zu einem Mittelplatz, dann verfällt man in kollektiven Masochismus und möchte, lieber noch als gut durchschnittlich zu sein, als sündenstolzer Negativ-Weltmeister ganz hinten liegen.

Jetzt ging es zum dritten Mal um den Vergleich der PISA-Leistungen der 16 deutschen Länder. Überraschendes war dabei kaum zu erwarten. Denn auch jetzt bei der Veröffentlichung der innerdeutschen PISA-Daten von 2006 zeigte sich, daß ein erhebliches Süd-Nord-Leistungsgefälle besteht. Trotzdem

setzten die üblichen hysterischen Reflexe ein: Die Süddeutschen mögen ja mit die PISA-Besten sein – aber sie hätten ja so wenig Gymnasiasten und so wenige Arbeiterkinder unter den Abiturienten. Unter Berufung auf das ach so ruhmreiche Finnland hieß es wieder: Die Finnen mit ihrer Gesamt- und Gemeinschaftsschule seien uns eben haushoch überlegen, und die Deutschen seien auch mit ihren Spitzenländern nur zweite Liga. Als neuer Mythos kam schließlich der Sachsen-Mythos hinzu: Sachsen habe die Bayern (übrigens statistisch nicht signifikant) deshalb übertroffen, weil es keine Hauptschule mehr habe.

Erneut lagen diese Interpretationen voll daneben. Schließlich haben wir große Bundesländer, die mit einem dezidiert gegliederten Schulwesen und trotz einer zehnfach höheren Migrantenquote fast so gut abschneiden wie Finnland. Außerdem haben die besten Wirtschafts- und Arbeitsmarktdaten Länder bzw. Regionen mit bezeichnenderweise geringen Abiturientenquoten: die Schweiz, Österreich, Bayern und Baden-Württemberg. Daß mittlerweile in den Naturwissenschaften 14 der 16 deutschen Länder das hochgelobte schwedische Schulsystem an PISA-Werten übertreffen, wurde ebenfalls unter den Teppich gekehrt. Und – ohne den Sachsen ihren Erfolg streitig machen zu wollen: Dort gibt es nun einmal nur 3,6 Prozent Migranten, in Bayern 18,4 und in NRW 24,9 – und das bei erheblich kleineren Klassen als im Westen und Süden der Republik.

Trotz all dieser Verzerrungen ist es gut, daß es PISA gibt. Deutschland hat sich viel zu lange solchen internationalen Tests versperrt. Freilich darf die PISA-Messerei nicht zum Selbstzweck werden. Andernfalls droht uns ein verarmtes, erbärmliches Verständnis von Bildung. „Bildung statt PISA“ sollte das Motto heißen. Bildung ist schließlich erheblich mehr als das, was PISA mißt. PISA hat nämlich überhaupt nichts zu tun mit (fremd-)sprachlicher, literarischer, historischer, politischer, geographischer, religionskundlicher, ethischer und ästhetischer Grundbildung. Wer also meint, es komme nur noch auf PISA-Tabellen an, der degradiert Bildung zum Klonen von Funktions-Fuzzis. Grundprinzip eines seit Jahrhunderten weltweit anerkannten Bildungsverständnisses der Deutschen ist es aber, daß man in der Schule im Interesse von Persönlichkeitsbildung und kultureller Bildung größten Wert eben auch auf das Nicht-Meßbare und Übernützliche legt. Also bitte: Nehmen wir PISA-Ergebnisse als interessante Diagnose eines Ausschnitts des schulischen Lerngeschehens, und gehen wir damit so gelassen um, wie es weltweit viele vermeintliche PISA-Sieger und PISA-Verlierer tun.

Ihr  
Josef Kraus

# Aus der Arbeit des Bundes Freiheit der Wissenschaft

Das **36. Bildungspolitische Forum** des Bundes Freiheit der Wissenschaft fand am 13. November 2008 im Hörsaal unserer Geschäftsstelle in Berlin statt. Staatsminister a.D. Professor Dr. **Hans Maier** sprach über das Thema „**Was bleibt von 1968?**“. Der Text seines Vortrags kann bereits auf unserer Website nachgelesen werden. Hans Maier gehörte im Sommer 1970 zu den 21 Unterzeichnern des Aufrufs zur Gründung des Bundes Freiheit der Wissenschaft. Auf dem Gründungskongress am 18. November 1970 zog er als erster Redner eine Bilanz der seit 1968 eingeführten Strukturreformen an den Universitäten. Er war dann nur einige Wochen Vorsitzender unseres Bundes: schon im Dezember wurde er Kultusminister in Bayern. Hier soll daran erinnert werden, daß der Anlaß für die Gründung des BFW nicht die Studentenbewegung an sich war, vielmehr die Reaktion des Staates auf diese Bewegung, der nicht wagte, die gewaltbedrohte Freiheit der Wissenschaft in den Universitäten zu schützen, sie vielmehr durch wissenschaftsfeindliche Universitätsgesetze erst recht untergrub.

In vieler Hinsicht – sagte Maier – war „Achtundsechzig“ ein Jahr, in dem sich einiges in Staat und Gesellschaft dauerhaft veränderte, ein historischer Einschnitt. Maier nannte Beispiele: Die „Nachkriegszeit“ war 1968 plötzlich zu Ende, eine auf Aske, Disziplin und Leistung gestimmte Zeit, die zwar nicht „bleiern“ war, aber streng, nicht einfach „muffig“, aber doch leistungsbezogen und verzichtsbereit. Nun wurde dem Gewohnten oder Eingewöhnten der Kampf angesagt. Ordnung, Sauberkeit, Gehorsam waren plötzlich keine heiligen Kühe mehr. Die Vokabel „antiautoritär“ ging von Mund zu Mund, die „sexuelle Revolution“ wurde ausgerufen. Ob die Kriegserklärungen an die alten Lebens- und Gesellschaftsformen freilich zu einer wirklichen Befreiung führten und ob 1968 tatsächlich einen Fortschritt der

Emanzipation brachte, darüber wird bis heute gestritten.

Maier verglich die damaligen Unruhen u.a. in den Vereinigten Staaten und Frankreich mit denen in Deutschland. Hier verstanden sich die Aktivisten als „Außerparlamentarische Opposition“ (APO). Nach der Denkschrift des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) „Hochschule in der Demokratie“ (1965), einem Programm der Bewegung, sollte die korporative Verfassung der Universität zur totalen Autonomie ausgebaut werden und einer künftigen Demokratie als Modell dienen. Daraus leitete man zweierlei ab: eine politische Erziehungsgewalt der Akademiker, legitimiert durch ein aufgeklärtes Bewußtsein, und eine weitgehende Immunität der Korporation gegenüber staatlichen Gesetzen. Daher nahm man sich das „Recht“ zu illegalen Aktionen wie Vorlesungsstörungen und Institutsbesetzungen. „Eine ‚Revolution‘ aus korporatistischem Geist, Professoren, Assistenten, Studenten, nichtwissenschaft-

schulen – sie hatten den revoltierenden Studenten als Aktionsbasis gedient und waren darüber teilweise funktionsunfähig geworden – und auf die Öffentlichkeit. Er stellte die Frage, ob die Achtundsechziger-Bewegung in den Terrorismus abglitt oder ob von Anfang an eine Disposition zur Gewalttätigkeit in ihr lag. „Von 1968 datiert eine bis heute anhaltende Unsicherheit über das Gewaltproblem – über das, was der Staat gegenüber gewaltübenden Einzelnen wie Gruppen kann, soll, darf und muß.“ Die nachhaltigsten langfristigen Wirkungen des „Marsches durch die Institutionen“ gingen wohl von den durch die 68er geprägten Lehrern aus.

Etwas Gutes an der 68er-Bewegung stellte Maier an den Schluß: „Daß die Krise schließlich mit rechtsstaatlichen Mitteln überwunden wurde – auch durch Kräfte aus den Universitäten selbst – war ein Beweis für die innere Stärke, welche die nach dem Krieg in Westdeutschland etablierte Demokratie inzwischen gewonnen hatte.“



*Blick ins Auditorium – in der Mitte Professor Dr. Gerd Wechsung, Regionalbeauftragter des BFW in Thüringen*  
Fotos: fdw

liches Personal wie im alten Ständestaat in Paritäten organisiert – das war eine ‚explodierende Altertümlichkeit‘ (Thomas Mann)“, aus sehr alten deutschen Traditionen gespeist.

Maier untersuchte die Wirkungen der Revolte auf die Sprache, auf das Verhalten der jungen Menschen untereinander und gegenüber Erziehern und politischen Autoritäten, auf die Hoch-

Ein zweites Referat hielt Dr. **Hartmuth Becker**: „**Jubeljahr 2008? Vierzig Jahre '68**“. Manche unserer Leser kennen sicher das Buch von Hartmuth Becker, Felix Dirsch und Stefan Winkler (Hrsg.), *Die 68er und ihre Gegner*, Der Widerstand gegen die Kulturrevolution, Graz, Leopold Stocker Verlag 2003, in dem auch der Bund Freiheit der Wissenschaft behandelt wird (besprochen in *fdw* Dezember 2003,

S. 22–24). Becker, geb. 1966, studierte Volkswirtschaftslehre, Politikwissenschaft und Philosophie an der Universität Gießen und promovierte zum Dr. rer. pol. an der Universität Potsdam. Er lebt als Publizist in Berlin.

Sein Vortrag umfaßte die geschichtlichen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen des Entstehens der 1968er-Bewegung, Becker erwähnte ihren „Antifaschismus“ als Leitbild der Vergangenheitsbewältigung, ihre strategischen und taktischen Mittel beim „Marsch durch die Institutionen“ und die Folgen ihres Einflusses in den Institutionen für die Gesellschaft.

Im Rahmen des Forums berichtete eine junge Wissenschaftlerin, Svea **Koischwitz** (Foto S. 4), kurz über den Stand ihrer Dissertation zum Thema *Bund Freiheit der Wissenschaft*. Sie hat bereits 2005 bei dem Historiker Professor Ralph Jessen an der Universität Köln eine gute Magisterarbeit über den Bund Freiheit der Wissenschaft angefertigt („Konservativer Professorenbund oder bildungspolitischer Interessenverband? Der BFW 1970 bis 1976“); wir haben darüber in dieser Zeitschrift berichtet (*fdw* März 2005, S. 37). Für die Dissertation konnte Frau Koischwitz einige Monate lang das große Archiv des BFW in der „Hoover Institution on War, Revolution and Peace“ an der Stanford University in Kalifornien benutzen, das wir 2003 für die historische Forschung großteils geöffnet haben (Bericht über das Archiv in *fdw* März 2003, S. 3). Es enthält natürlich auch hochinteressantes Material über die 1968er.

\*\*\*

Auf der **Mitgliederversammlung** des Bundes Freiheit der Wissenschaft am 13. November 2008 in Berlin wurde vor allem die dringend notwendige Werbung neuer Mitglieder erörtert. Im Innern dieses Heftes finden Sie dazu einen Text und ein Beitrittsformular (S. 19/20); bitte überlegen Sie, ob Sie nicht jetzt unserem Bund beitreten wollen.



**Svea Koischwitz forschte im BFW-Archiv**

Es fand auch eine Wahl des Vorstands statt. Als Vorsitzende wiedergewählt wurden Dr. Hans Joachim Geisler, Berlin, Oberstudiendirektor Dr. Winfried Holzapfel, Geldern, und Professor Dr. Kurt Reinschke, Dresden. Der Bund Freiheit der Wissenschaft hat drei gleichberechtigte Vorsitzende. Schatzmeister ist weiter Professor Dr. Günter Püttner, Speyer.

Zum Erweiterten Vorstand gehören wie bisher Professor Dr. Wolfgang Dreybrodt, Bremen, Oberstudiendirektor Josef Kraus, Ergolding, der zugleich Präsident des Deutschen Lehrerverbandes ist, Dr. Brigitte Pötter, Mahlow, Professor Dr. Klaus-Dieter Rosenbaum, Greifswald, und Professor Dr. Winfried Schlaffke, Köln.

Die bisherigen Regionalbeauftragten wurden von der Mitgliederversammlung bestätigt: Für Baden-Württemberg: Professor Dr. Jürgen Kullmann, Mössingen; Bayern: Oberstudiendirektor Willi Eisele, Wolfratshausen; Berlin und Brandenburg: Oberschulrat Gerhard Schmid, Berlin; Bremen: Professor Dr. Wolfgang Dreybrodt, Bremen; Hamburg: Staatsrat a.D. Dr. Reiner Schmitz, Hamburg; Hessen: Privatdozent Dr. habil. Siegfried Uhl, Frankfurt/Main; Mecklenburg-Vorpommern: Professor Dr. Klaus-Dieter Rosenbaum, Greifswald; Niedersachsen: Oberstudiendirektor Bernd Ostermeyer, Wienhausen; Nordrhein-

Westfalen: Studiendirektor Norbert Schlöder, Willich; Sachsen: Professor Dr. Sigismund Kobe, Dresden; Thüringen: Professor Dr. Gerd Wechsung, Cospeda.

\*\*\*

Der BFW beteiligte sich am „Forum Freiheit“, das mehrere Vereinigungen des liberalen Spektrums im Oktober 2008 in Berlin veranstalteten. Nach Eröffnungsstatements zur „Lage der Freiheit“ wurden mehrere Kurzvorträge über Angriffe auf die Freiheit in der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik gehalten. Während die anderen Veranstalter zu diesen Themen eine Resolution abgegeben haben, hat der BFW eine eigene Stellungnahme zur Bildungspolitik abgegeben, die unserem Ende 2005

werden kann: Kurt Reinschke, **Bologna-Prozeß und Bachelorisierung der deutschen Hochschulen**, Berlin (BFW) 2008, ISBN 978-3-00-025276-1.

\*\*\*

Im Vorfeld des „Bildungsgipfels“ im Oktober 2008 nahm Dr. Winfried Holzapfel in seiner Eigenschaft als BFW-Vorsitzender in einem Schreiben an den CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla zu einigen bildungspolitischen Entwicklungen Stellung. Auszüge aus diesem Schreiben und der Antwort von Ronald Pofalla finden Sie im Kasten auf Seite 6.

\*\*\*

Der Bund Freiheit der Wissenschaft veranstaltet in Zusammen-

Vielen Wählern erscheinen deren Forderungen und Sichtweisen auf die Gesellschaft berechtigt. Sie fürchten sich vor scheinbar unregulierbarem Kapitalismus und möglichen Folgen für ihr berufliches und privates Leben. Was jedoch ist linke, was ist rechte Politik? Die Tagung will anhand einzelner Politikbereiche wie Wissenschafts-, Schul-, Familien- und Sozialpolitik aufzeigen, worin die fundamentalen Unterschiede liegen, die dazu führen, daß Politiker den Bürger entweder als freies Individuum oder als unmündiges, vor seinen eigenen Entscheidungen zu schützendes Wesen betrachten. Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie teilnehmen könnten. Das **Programm** und eine **Einladung** finden Sie auf der **letzten Seite**.

\*\*\*

Der Bund Freiheit der Wissenschaft hat in den letzten Monaten zwei Mitglieder verloren, die im Juni 1970 zum Gründungskomitee gehörten und deren Namen unter dem Gründungsauftrag stehen, Männer der ersten Stunde, die den Bund mit geprägt haben. Wir haben ihrer auf der Mitgliederversammlung gedacht.

**Horst Sanmann**, Professor der Volkswirtschaftslehre, war an der Freien Universität Berlin in den schwierigsten Jahren 1967/1968 Dekan der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät. Er unterzeichnete als einer von drei Professoren die erste Veröffentlichung der Notgemeinschaft für eine freie Universität (der späteren Sektion des Bundes Freiheit der Wissenschaft in Berlin) über die Lage an der Freien Universität am Ende des Wintersemesters 1969/1970. Dem Vorstand der Notgemeinschaft gehörte er von der Gründung im Februar 1970 bis zur Berufung an die Universität Hamburg 1970 an und blieb ihr weiter als Mitglied des Beirats, dem Bund Freiheit der Wissenschaft als Mitglied des Bundesausschusses verbunden, auch als er 1974 an die Bundeswehrhochschule Hamburg wechselte, deren Präsident er 1977 wurde.



**Zu Gast beim BFW-Forum – Professor Dr. Hubert Braun (l.) und Professor Dr. Arnulf Baring**

verabschiedeten Programm entspricht.

\*\*\*

Professor Dr. Kurt Reinschke, TU Dresden, einer der drei Vorsitzenden des Bundes Freiheit der Wissenschaft, hatte am 23. Mai 2008 beim BFW in Berlin einen Vortrag über den Bologna-Prozeß gehalten; Auszüge haben wir in *fdw* Juni 2008 abgedruckt und den Text vollständig auf unserer Website veröffentlicht. Er liegt weiterhin auch als **Broschüre** vor, die bei unserer Geschäftsstelle bestellt

menarbeit mit der Friedrich-Naumann-Stiftung und dem Institut für unternehmerische Freiheit vom **13. bis 15. Februar 2009** in der Theodor-Heuss-Akademie in Gummersbach eine **Tagung** mit dem Thema „**Was ist rechts – was ist links?**“ Längere Zeit herrschte die Auffassung vor, nach dem Zusammenbruch der DDR sei der Sozialismus Vergangenheit und das Rechts-Links-Schema in der Politik habe keine Bedeutung mehr. Daß das so nicht stimmt, wissen wir nicht erst seit dem Erstarren der Partei Die Linke.

# Aus der Arbeit des Bundes Freiheit der Wissenschaft

Horst Sanmann ist am 27. August 2008 verstorben. Einen Nachruf von Wolfram Fischer finden Sie auf Seite 25.

**Karl Häuser**, ebenfalls Professor der Volkswirtschaftslehre, lehrte an der Universität Frankfurt am Main. Er war im Januar

1969 maßgeblich an der Gründung der Wissenschaftlichen Gesellschaft e.V. Kronberg beteiligt, eine der Initiativen, aus der im Herbst 1970 der Bund Freiheit der Wissenschaft hervorging. In den entscheidenden Jahren 1970 bis 1974 war er

Schatzmeister des BFW. Die erste Zeitschrift des Bundes, die Hochschulpolitischen Informationen (HPI), wurde anfangs von der Wissenschaftlichen Gesellschaft, dann vom BFW in Zusammenarbeit mit dem Markus-Verlag Köln herausgegeben;

Karl Häuser gehörte dem Beirat der Zeitschrift an. Diese seine beiden Tätigkeiten waren für die erfolgreiche Entwicklung des BFW entscheidend. Karl Häuser ist am 7. September 2008 verstorben.

Hans Joachim Geisler

## 2008 war das „Jahr der Mathematik“

Im Tagesschauinterview mit Andrea Krüger zu Beginn des Jahres 2008 sagte der Direktor des Mathematikums in Gießen, Mathematik-Professor und Buchautor Dr. Albrecht Beutelspacher :

*„Ich hoffe, daß es uns gelingt, die Mathematik bei einer breiten Öffentlichkeit, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, so zu präsentieren, daß klar wird: Mathematik ist erstens toll und zweitens nützlich. Das Tolle an ihr ist, daß ihre Themen an sich spannend sind – nicht nur, weil man damit Handys und CDs machen kann, sondern weil Primzahlen und Fünfecke an sich spannend sind. Nützlich ist sie deshalb, weil sie aus unserem Leben nicht mehr wegzudenken ist. Jedes technische Produkt hat Mathematik in sich und würde ohne sie erst gar nicht funktionieren. Unser technischer Fortschritt hängt entscheidend von der Mathematik ab – und deshalb müssen wir in dieses Fach auch investieren“.*

In der *fdw* besprach Mathematiklehrer Karl Hagedorn Beutelspachers und Wagners Buch: „Wie man durch eine Postkarte steigt... und andere spannende mathematische Experimente“ (*fdw* Nr. 1 März 2008, S. 25).

Viele Institutionen haben die Förderung der mathematisch-naturwissenschaftlichen Bildung unterstützt, nicht zuletzt hat die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen sich um Werbung für die so genannten MINT-Fächer bemüht und die Neugründungen von Fachhochschulen besonders darauf abgestellt.

Eine hervorragende Ausstellung im Berliner Technikmuseum, die Ausstellung „mathema“, widmet sich noch bis zum 2. August 2009 dem Thema, das natürlich auch über das Jahr 2008 hinaus besonderes Augenmerk verdient.

## DANK UND GUTE WÜNSCHE



Am Ende dieses Jahres dürfen wir Ihnen wie im letzten Jahr für Ihre große Unterstützung unserer Arbeit danken.

Die Bildungspolitik ist ein bedeutendes Thema unserer Zeit.

Der Bund Freiheit der Wissenschaft nimmt aktiv an den Auseinandersetzungen teil und wirkt unter anderem durch öffentliche Veranstaltungen und Publikationen an der Meinungsbildung mit.

Nicht zuletzt von Ihrer Sympathie, liebe Mitglieder, Freunde und Leser, sowie auch Ihrer finanziellen Hilfe und Spendenbereitschaft hängt ab, ob wir Erfolg haben und uns weiter für die Ziele des Bundes Freiheit der Wissenschaft, zu denen auch das Eintreten für ein differenziertes und leistungsfähiges Bildungssystem gehört, einsetzen können.

Ihre Rückmeldungen und Anregungen sind für unsere Arbeit wichtig.

Bitte, helfen Sie uns auch im kommenden Jahr!



**Wir wünschen Ihnen und Ihren Familien  
EIN GUTES JAHR 2009.**

Die Vorsitzenden

Dr. Hans Joachim Geisler, Dr. Winfried Holzapfel, Professor Dr. Dr. Kurt J. Reinschke

## Kein Zwang zur Bachelorisierung?

# Briefwechsel zum Bildungsgipfel

BFW-Vorsitzender Dr. Winfried Holzapfel schrieb im Vorfeld des Bildungsgipfels an CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla.

Auszüge aus seinem Anschreiben und der Antwort von Ronald Pofalla finden Sie hier:

### Aus dem Anschreiben:

„Sehr geehrter Herr Pofalla,

*nach Ankündigung des Bildungsgipfels haben die Politiker viele Ratschläge bekommen, was zu tun sei.*

*Sie wissen sicherlich, daß der Bund Freiheit der Wissenschaft sowohl in hochschulpolitischen als auch in schulpolitischen Fragen seit Jahrzehnten klare Positionen vertreten hat, die vor allem darauf fußen, den Leistungsgedanken in sein Recht zu setzen und die akademische Freiheit zu erhalten.*

*Der Bund Freiheit der Wissenschaft hat die Wissenschaftsfeindlichkeit der 68er-Bewegung an den Hochschulen gestoppt. Heute setzen wir uns für die gleichen Ziele ein, für die der Bund schon damals gestritten hat:*

– die Freiheit von Forschung und Lehre

– die Aufrechterhaltung hoher Leistungsmaßstäbe bei gleichzeitiger Verbreiterung der Bildungschancen

### Für die konkrete Hochschulpolitik bedeutet das heute:

*Der Bologna-Prozeß muß einer kritischen Prüfung unterzogen werden.*

*Er führt zu einer Verschulung des Studiums und zu einer bürokratischen Überlastung der Professoren. Beides schadet der Freiheit von Forschung und Lehre.*

*Die Bachelorisierung der Hochschulen entspricht nicht der deutschen Idee der Universität im Sinne Humboldts. Sie führt zu akademischen Abschlüssen minderer Qualität.*

*(In der beiliegenden Broschüre hat Kurt Reinschke, wie ich einer der Vorsitzenden des Bundes Freiheit der Wissenschaft, den Prozeß einer detaillierten Kritik unterzogen.)*

### Für die Schulpolitik bedeutet das:

*Man muß am dreigliedrigen Schulsystem als Regelfall festhalten. Die Schulen des dreigliedrigen Schulsystems sind groß genug, daß Binnendifferenzierung möglich ist. Sie haben den Vorteil, daß die Ausbildungsziele erkennbar und zielstrebig zu erreichen sind. Die vertikale Durchlässigkeit garantiert auch dem Späentwickler alle Chancen aufzusteigen.*

*Die Schulen sind von einer Größenordnung, die gemeinschaftsstiftenden Charakter hat. Sie fördern also auch das soziale Miteinander. Auch in diesem Punkt haben Einheitsschulen als Gesamtschulen nachgewiesenermaßen ein Defizit.“*

### Aus der Antwort von Ronald Pofalla:

„Sehr geehrter Herr Dr. Holzapfel,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 14. Oktober 2008 zum Bildungsgipfel...

*Bessere Bildung für alle von Anfang an, mehr Durchlässigkeit und neue Aufstiegswege sind wichtige Forderungen an ein Bildungswesen, das auf Vielfalt statt auf die Einheitsschule setzt. Hier sehe ich große Übereinstimmung zwischen Ihrer Position und der CDU. Ähnliches gilt für die Hochschulpolitik. Die Rahmenbedingungen für Studium und Lehre müssen weiter verbessert werden.*

*Ziel des Bologna-Prozesses ist die Gestaltung von Vielfalt, nicht Harmonisierung. Künftiger Wohlstand hängt maßgeblich von mehr gut ausgebildeten Hochschulabsolventen und Forschern ab.“ ...*



Ronald Pofalla  
Foto: [www.cdu-csu.de](http://www.cdu-csu.de)

# Erinnerung an deutsche Akademiker, die in der SBZ/DDR Opfer für die akademische Freiheit brachten

## Teil 2: 1949 – 1953

Von Kurt Reinschke

Der erste Teil dieses Aufsatzes erinnerte an die Errichtung der Sowjetdiktatur in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) während der ersten Nachkriegsjahre bis zur Verhaftung des liberalen Leipziger Studentenratsvorsitzenden Wolfgang Natonek durch den sowjetischen Geheimdienst (MWD) gegen Ende des Jahres 1948.

Eine ebenso beeindruckende Persönlichkeit unter den jungen Liberalen der Nachkriegszeit wie Wolfgang Natonek in Sachsen war Arno Esch (1928–1951) in Mecklenburg-Vorpommern. Er stammte aus Memel in Ostpreußen und ließ sich 1946 in Rostock als „stud.iur. et rer.pol.“ immatrikulieren und wurde Mitglied der LDP(D) und der FDJ. Der asketisch wirkende, rhetorisch hochbegabte Student war sehr einflußreich innerhalb der Studentenschaft, wurde bald Landesjugendreferent der LDP(D) und rückte bis in den Zentralvorstand der LDP(D) auf. Im Nebenamt arbeitete er als Redakteur der parteieigenen „Norddeutschen Zeitung“.

Den angehenden Juristen bewegte die künftige staatsrechtliche Struktur Deutschlands. Der 20-jährige schrieb Veröffentlichungen zur „Frage der Vereinbarkeit einer Dreiteilung der Staatsgewalt in Legislative, Exekutive und Gerichtsbarkeit und insbesondere der Errichtung eines Staatsgerichtshofes mit dem Prinzip der Volkssouveränität“<sup>30</sup>, wohl wissend, daß in den Länderverfassungen der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) von Gewaltenteilung keine Rede war. Er hatte die Absicht, über Fragen der Verfassungsgerichtsbarkeit zu promovieren. Hinter verschlossenen Türen erläuterte er politischen Freunden sein Konzept einer „Radikal-Sozialen Freiheitspartei“, die dann zur Wirkung kommen sollte, wenn nach dem Abzug der Roten Armee auf dem Gebiet der SBZ eine freie Parteienbildung möglich würde. Die SED-Landesjustizabteilung sah in dem uner-

schrockenen und klugen cand.jur. Arno Esch „als Wissenschaftler und ebenso als Richter eine Gefahr“. Kurz nach der Gründung der DDR, am 19. Okt. 1949, wurde Esch mit einem Dutzend weiterer Liberaldemokraten von Angehörigen der „K5“<sup>31</sup>, der deutschen politischen Polizei in der SBZ, verhaftet und den sowjetischen Sicherheitsorganen (MWD) übergeben.<sup>32</sup>

### Tod durch Erschießen und späte Rehabilitation

Im Juli 1950 erfolgte die heimliche Verurteilung durch das Sowjetische Militärtribunal Nr. 48240 nach Artikel 58-2, 58-6 Abs. 1, 58-10 Abs. 2 und 58-11 des StGB der RSFSR zum Tode mit Vermögenskonfiskation. Das erstinstanzliche Urteil wurde durch das Militärkollegium des Obersten Gerichts in Moskau aufgehoben. Im April/Mai 1951 lief ein zweiter Prozeß vor einem Sowjetischen Militärtribunal (SMT) in Moskau. Für Arno Esch endete er mit einem erneuten Todesurteil. Es wurde am 24. Juli 1951 in Moskau vollstreckt – zwei Wochen vor den III. Weltfestspielen der Jugend und Studenten, die im August 1951 als Jubelveranstaltung des internationalen Stalinismus in Ostberlin inszeniert wurden.

Beim Vorgehen gegen die Studentengruppe um Arno Esch sind zwei juristische Aspekte besonders hervorzuheben. Zum einen war zur Zeit der Festnahme die DDR bereits gegründet, und Artikel 10 der DDR-Verfassung schrieb zwingend vor: „Kein Bürger darf einer auswärtigen Macht ausgeliefert werden.“ Zum anderen war zu diesem Zeitpunkt auch nach den sowjetischen Strafgesetzen die (im Mai 1947 abgeschaffte) Todesstrafe nicht zulässig.

Am 12. Januar 1950 wurde die Todesstrafe in der Sowjetunion für „Vaterlandsverräter, Spione, Schädlinge und Diversanten“ (Art. 58-1, 58-6, 58-7, 58-9 StGB der RSFSR) wieder eingeführt

und mitunter rückwirkend angewendet. Diese Verschärfung der sowjetischen Strafgesetze hängt vermutlich mit der 1949 von Stalin und Berija inszenierten „Leningrader Affäre“ (Ленинградское дело)<sup>33</sup> zusammen. Da die sowjetische Führung ihren Satellitenstaat DDR in vieler Hinsicht gleichsam als „Deutsche Sowjetrepublik“ behandelte, verhängte man die Todesstrafe folglich auch gegen politische Gefangene aus der DDR, gegen die Gruppe um Arno Esch sogar rückwirkend.

Von den Mitangeklagten Eschs wurden auch Gerhard Blankenburg (1923–1951) sowie Heinrich Puchstein (1923–1951) im ersten und zweiten Prozeß zum Tode verurteilt und am 24. Juli 1951 in Moskau erschossen. Karl-Heinz Neujahr (1928–1951) wurde im ersten Prozeß zum Tode verurteilt, war während des zweiten Prozesses in Moskau nicht mehr vernehmungsfähig und ist am 2. Juni 1951 in der Haft verstorben. Als Todesursache wurde хронический туберкулез легких, d.h. chronische Lungentuberkulose, im Jahre 1998 beurkundet. Reinhold Posnanski (1924–1951) und Kurt Kieckbusch (1927–1951) wurden im ersten Prozeß im Juli 1950 zu 25 Jahren verurteilt, in einem zweiten – wiederum vor dem SMT 48240 in Berlin – am 23. November 1950 aber zum Tode. Beide hat man am 29. März 1951 in Moskau erschossen. Franz-Friedrich Wiese (geb. am 29. 6. 1929) wurde im ersten Prozeß zu 25 Jahren verurteilt, in einem zweiten Prozeß am 23. November 1950 vom SMT 48240 zum Tode. Zur Urteilsvollstreckung wurde er nach Moskau verbracht, dort aber im März 1951 zu 25 Jahren Lagerhaft „begnadigt“. Als Sträfling mußte er schwerste körperliche Arbeiten in Taischat, Omsk, Karaganda und Swerdlowsk verrichten. Nach dem Staatsbesuch des deutschen Bundeskanzlers Dr. Konrad Adenauer in Moskau, der im September 1955 in langen schwierigen Verhandlungen mit

der sowjetischen Führung viel für Deutschland erreichte, wurde Wiese im Dezember 1955 in die Bundesrepublik Deutschland entlassen. Er hat in den Folgejahren sein Chemiestudium in Bonn fortgesetzt.<sup>34</sup>

Friedrich-Franz Wiese kämpfte nach seiner Heimkehr lange Jahre um eine Rehabilitierung seines Freundes Arno Esch. Am 22. August 1961 teilte das sowjetische Rote Kreuz dem Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes mit, daß Esch am 24.07.1951 „in der UdSSR verstorben“ sei.

In seinem Schreiben an den Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, vom 4. Dezember 1988 schreibt Wiese: „Wie ich bereits erwähnte, habe ich die politischen Überzeugungen Arno Eschs geteilt und war mit ihm persönlich befreundet. Er war weder ein Spion noch der Anführer einer Guerilla-Truppe. Trotz seiner Jugend war er ein Intellektueller, Politiker und liberaler Pazifist. Seine Rehabilitierung ist der letzte Freundschaftsdienst, den ich ihm erweisen kann.“ Erst jetzt, als infolge von перестройка (perestrojka = Umbau, Neustrukturierung) und гласность (glasnost' = Öffentlichkeit, Offenlegung) die trügerischen Fundamente des Sowjetsystems mehr und mehr zu Tage traten, konnten die Bemühungen des Freundes erfolgreich sein: Am 19. Juli 1990 erfolgte die Aufhebung der Urteile vom 26. Mai 1951 gegen Esch, Blankenburg und Puchstein wegen Fehlens eines Straftatbestandes und die vollständige Rehabilitierung der Verurteilten durch das Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR.<sup>35</sup> Die Rehabilitierung von Neujahr, Posnanski, Kieckbusch und Wiese folgte ein paar Monate später, am 17. Mai 1991. Das war wenige Wochen vor dem Moskauer Putschversuch sowjetischer Funktionäre, der im August 1991 den Kollaps der Sowjetunion und ihrer staatstragenden bolschewistischen Partei KPdSU (B) beschleunigte. Das Gesetz der Russischen Föderation „Über die Rehabilitierung von Opfern politischer Repressionen“ vom 18. Oktober 1991 setzte den juristischen Schlußstein der politischen Sowjetjustiz gegen Deutsche.

### **Kleine Störakte und Tod durch Erschießen**

Von den bisher genannten Opfern der Sowjetisierung der SBZ gehörte nie-

mand der SED an. Es waren demokratisch gesinnte aufrechte Menschen, die aus christlicher oder liberaler Überzeugung handelten und sich darum den totalitären Ansprüchen der neuen Machthaber nicht beugten. Ausnahmslos mit einem regulären Abitur ausgestattet besaßen sie alle eine sehr gute Allgemeinbildung humanistischer Prägung. Wie stand es aber um 1950 mit der Erziehung der „neuen“ jungen Intelligenz? Die Neulehrer, die Arbeiter- und Bauernstudenten, die über Vorstudienanstalten zum Studium gekommen waren, und insbesondere die „Gewifa“-Studenten waren in ihrer überwiegenden Mehrzahl Mitglieder der SED, die seit 1948 keinen Zweifel daran ließ, eine bolschewistische „Partei neuen Typus“ zu sein. Die FDJ erklärte sich selbst unverhohlen zum Juniorpartner des „Komsomol“<sup>36</sup> in der Sowjetunion, der dort 1918 als Kaderreserve der KPdSU (B) gegründet worden war. Der Anteil der FDJ-Mitglieder unter den Studenten der Universität Leipzig stieg von 47% im Jahre 1949 auf 90 % im Jahre 1950 an.<sup>37</sup>

Die kommunistischen Führer forderten nicht nur Gehorsam, sondern auch Jubelbekundungen der Massen und demonstrative Begeisterung für sich und ihre Maßnahmen: Am 21. Dezember 1949 feiert die „ganze fortschrittliche Menschheit“ den 70. Geburtstag von Josef Wissarionowitsch Stalin, des „Generalissimus“, des „größten Genius unserer Epoche“, des „Vaters aller Werktätigen“, ... Auch alle Werktätigen der DDR, alle Schüler und Studenten jubeln mit. Die Huldigungsrede des DDR-Staatspräsidenten Wilhelm Pieck in der Berliner Lindenoper wird auf allen Sendern des „demokratischen“ Rundfunks ausgestrahlt. Eine Gruppe von Schülern der Karl-Marx-Oberschule des Städtchens Altenburg in Thüringen aber versucht, mit einem selbst gebastelten Sender, der über ein paar Kilometer Reichweite verfügt, von einem Dachboden aus die Übertragung des Festaktes zu stören. Die Sicherheitsorgane fahnden nach den Mitgliedern und Sympathisanten der Gruppe. Einige können in den Westen fliehen, die anderen werden im März 1950 gefaßt und den sowjetischen Sicherheitsorganen ausgeliefert. Die Widerstandsgruppe „Anti-Kominform“ um den Neulehrer Wolfgang Ostermann an der Altenburger Karl-Marx-Oberschule<sup>38</sup> hatte nicht nur die Rundfunkübertra-

gung der Festveranstaltung zu Stalins 70. Geburtstag gestört, sondern auch Klebezettel mit einem aufgemalten „F“, dem Anfangsbuchstaben von „Freiheit“, verteilt, hatte den RIAS<sup>39</sup> gehört und Kontakte zur „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ (KgU)<sup>40</sup> in Berlin(West) aufgenommen. 19 Mitglieder der Altenburger Gruppe werden im Mai 1950 von dem Sowjetischen Militärtribunal in Weimar verurteilt. Zwei Neulehrer, Wolfgang Ostermann, geb. am 18.11.1928, und Siegfried Flack, geb. am 31.01.1929, und ein Schüler, Hans-Joachim Näther, geb. am 9.12.1929, werden zum Tode durch Erschießen verurteilt. Alle drei werden in Moskau hingerichtet, Ostermann und Näther am 12. Dezember 1950, Flack am 15. Dezember. Dem Schüler Ludwig Hayne, geb. am 1.09.1931, gelang die Flucht nach Berlin(West). Er lernte weiter an der Wirtschaftsoberschule Berlin-Charlottenburg. Am 20. Juli 1950 wird er jedoch von DDR-Staats Sicherheitsleuten in Berlin(West) gekidnappt, in das Gefängnis der Volkspolizei am Alexanderplatz verbracht und von dort an den sowjetischen Geheimdienst MWD ausgeliefert. Das Weimarer SMT verurteilt den Schüler am 21. Februar 1951 zum Tode durch Erschießen. Das Urteil wird am 28. April 1951 in Moskau vollstreckt. Er ist neunzehn Jahre alt.

\*\*\*

Ich möchte an den in Teil 1 zitierten Brief des Dekans der Medizinischen Fakultät an den Rektor der Martin-Luther-Universität Halle vom 12. Januar 1951 anknüpfen. Das Schicksal der dort genannten Hallenser studentischen Widerstandsgruppe wurde von Mitarbeitern des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung an der TU Dresden im Detail erforscht und die Forschungsergebnisse der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.<sup>41</sup> Eine wirklichkeitsnahe Vorstellung über die Details und Ausprägungen der totalitären Gewaltherrschaft, wie sie die Hallenser Studentengruppe beispielhaft durchlebt und durchlitten hat, gewinnt der interessierte Leser aus zwei Büchern<sup>42,43</sup>, die authentische Zeugnisse und persönlichen Berichte zusammenfassen. Hier soll als Beispiel nur der Lebensweg des im Rektorbrief genannten stud.med. Horst Hennig skizziert werden: Als Sohn eines Drogisten 1926 im Mansfelder Land geboren wechselt er nach dem Tode der Mutter mit 14



Jahren vom Mansfelder Luther-Gymnasium zur Heeresunteroffiziersvorschule im sächsischen Marienberg. Nach 15-monatiger amerikanischer Kriegsgefangenschaft kehrt er im Sommer 1946 heim in die SBZ, ohne Angst vor den „Russen“, da der Krieg ja nun aus sei und ein normales Leben beginnen könne. Er besucht die Hallenser Vorstudienanstalt, wird Mitglied der FDJ und der SED, besteht das Abitur im Februar 1948, wird im April 1948 im ersten vor-klinischen Semester immatrikuliert und widmet sich mit Wissensdurst und großem Fleiß dem fachlichen Studium – so wie die meisten Studierenden der Nachkriegsjahre, trotz aller materiellen Not.

Die von den Machthabern in der SBZ angestrebte „Diktatur des Proletariats“ hat auch für die Arbeiter-und-Bauern-Studenten, die als SED-Genossen zur Avantgarde des Neuen, zum Kern einer „neuen“ jungen Intelligenz bestimmt sind, praktische Konsequenzen, die denkende junge Menschen nur schwer ertragen: Leseverbot bürgerlicher Zeitungen und bürgerlicher philosophischer oder auch schöngestiger Literatur, Hörverbot westlicher Rundfunksendungen, Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus als der einzig wissenschaftlichen Weltanschauung, „Kritik und Selbstkritik“ als Hauptform des Kampfes des Neuen mit dem Alten, unkritisches Wiederkäuen von pseudowissenschaftlichen Fakten der Sowjet-Biologie, Unterzeichnung von Grußbotschaften an den großen Stalin, ständige Angst, durch unvorsichtige Äußerungen als „Feind“ der Sowjetunion oder der Arbeiter- und Bauernmacht entlarvt zu werden, Bespitzelung durch Kommilitonen, ...

Es nimmt nicht wunder, daß auch die ABF-Studenten insgeheim in kleinen Gruppen mit vertrauenswürdigen Kommilitonen diese Mißstände beklagten. Solche Gruppen bildeten sich spontan an allen DDR-Universitäten. Einige Gruppen nahmen sich die Weiße Rose, die bekannte Münchener studentische Widerstandsgruppe gegen die NS-Diktatur um Hans und Sophie Scholl, zum Vorbild und wollten die aufoktroierten Umstände nicht einfach hinnehmen. Besonders Mutige verteilten heimlich Flugblätter. Die Klebezettel mit dem Buchstaben „F“ für „Freiheit“ wurden im Zusammenhang mit der Altenburger

Schülergruppe schon erwähnt. Es gab auch anspruchsvollere Codes. So war bei den Studentenratswahlen Anfang 1950 in Leipzig häufig zu lesen „Jes.41,24“.<sup>44</sup> Der damit angesprochene Bibelvers lautet:

„Siehe, ihr seid aus nichts, und euer Tun ist auch aus nichts; und euch wählen ist ein Greuel.“

1950 gab es für die Studentenräte nur noch eine von einem „Zentralen Wahlausschuß“ angefertigte Liste der „Kandidaten der Nationalen Front“.

Die Festnahme der Hallenser Gruppe mit Horst Hennig erfolgte im Zusammenhang mit den dortigen Studentenratswahlen. Hennig, der sich gerade auf eine Nachtwache in der Chirurgie vorbereitete, öffnete seine Wohnung am 10. März 1950 gegen 22 Uhr einem deutschen Lockvogel, wurde dann von zwei Sowjets mit Maschinenpistolen überumpelt und zur sowjetischen MWD-Dienststelle in Halle gefahren. Damit verschwand er für seine Angehörigen spurlos, bis er im Dezember 1953 erstmals eine Postkarte (aus Workuta in der Sowjetunion, nördlich des 67. Breitengrades) als Lebenszeichen an seine Familie schicken durfte. (Die Universitätsverwaltung hatte ihn bereits am 15.06.50 wegen „Nichtrückmeldung“ aus den Studentenlisten gestrichen.)

Am 18. September 1950 war Hennig von dem SMT in Halle für schuldig (nach Artikel 58–6, 58–10 und 58–11 des StG RSFSR) befunden, zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt und danach nach Workuta verfrachtet worden.

Die Fakultät erfuhr davon nichts, wie aus dem Schreiben des Dekans Kraatz vom 12. Januar 1951 hervorgeht. Übrigens muß man das Schreiben des Gynäkologen Prof. Dr. Helmut Kraatz (1902–1983) als Zeugnis einer bemerkenswerten Zivilcourage werten, denn allein die Nachfrage nach den Verschwundenen konnte mit unvorhersehbaren Konsequenzen für den Fragesteller verbunden sein. Als Beleg sei ein Beispiel genannt<sup>45</sup>: Horst Hennig traf auf dem wochenlangen Gefangenen-transport von Berlin-Lichtenberg nach Workuta mit dem Berliner Unternehmer Alfred Groth (1907–1976) zusammen. Dieser wurde Anfang 1950 wegen einer Nachfrage bei der sowjetischen Besatzungsbehörde SAMD über den Verbleib seines älteren Bruders festgenommen

und zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Workuta ist eine seit 1931 von Zwangsarbeitern erbaute Stadt, etwa 200 km nördlich des Polarkreises gelegen, gegenüber der Halbinsel Новая Земля (Neues Land). Die Strafgefangenen wurden ausschließlich als billige Arbeitskräfte für die sowjetische Planwirtschaft gebraucht. Unter den russischen Strafgefangenen befanden sich viele Akademiker höheren Ranges, die dem Aufsichtspersonal geistig weit überlegen waren. Ideologische Schulungen konnten daher entfallen. Wer von den Gefangenen die Arbeitsnorm nicht erfüllte, bekam weniger zu essen. Wer gar nicht mehr konnte, der starb. Daher bedeutete eine Strafe von 25 Jahren Arbeitslager zu Stalins Lebzeiten de facto ein Todesurteil. Horst Hennig arbeitete in dem Lager 10, Schacht 29. Er überlebte den Gefangenenaufstand nach Stalins Tod, bei dessen Niederschlagung Anfang August 1953 fünf Dutzend Strafgefangene erschossen wurden.

Nach dem Staatsbesuch von Bundeskanzler Adenauer in Moskau kam auch der Hallenser Medizinstudent Horst Hennig frei – offiziell einer der „spät heimkehrenden deutschen Kriegsgefangenen“. Er wurde am 15. Dez. 1955 nach Berlin(West) repatriert, aber erst im Oktober 1992, d.h. nach dem Untergang der Sowjetunion, wurden Horst Hennig und seine Hallenser Kommilitonen in Moskau rehabilitiert.

In einem 2008 erschienenen Buch<sup>46</sup> gibt Herr Dr. med. Horst Hennig, seit 1983 pensionierter Generalarzt der deutschen Bundeswehr, eine authentische Schilderung des Arbeitslagers am Polarkreis. Die kommentierte bebilderte Biographie der unschuldig verurteilten deutschen Zivilisten und der anderen in Workuta handelnden Personen, die im Anhang des Buches zusammengestellt ist, sagt dem Leser viel mehr als es lange Berichte vermöchten.

## Tod und Zwangsarbeit

Ab 1949 sammelte sich um den Studenten Herbert Belter an der Leipziger Universität eine kleine Gruppe demokratisch gesinnter Studenten. Belter, geb. am 21.12.1929, hatte die Vorstudienanstalt in Rostock mit dem Abitur im Juli 1949 verlassen und im Oktober 1949 einen Studienplatz an der Gesellschafts-

wissenschaftlichen Fakultät („Gewifa“) in Leipzig erhalten. Auch Herbert Belter und seine Kommilitonen stießen sich an der geistigen Bevormundung und zunehmenden Ideologisierung im Universitätsalltag. Sie erstellten und verteilten 1950 auf dem Gelände der Universität Flugblätter, die sich gegen die bevorstehenden undemokratischen ersten Wahlen zur Volkskammer der DDR am 15. Oktober 1950 richteten. Diese sollten nämlich nicht, wie in Art. 51 der Verfassung von 1949 vorgeschrieben, „nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechts“ stattfinden, sondern als sogenannte Blockwahl mit einer Einheitsliste und zuvor festgelegter Sitzverteilung. Gegen diesen offensichtlichen Verfassungsbruch protestierten die Mitglieder der Gruppe mit Flugblättern und systemkritischen Publikationen. Neben selbst verfaßten wurden auch Flugblätter des RIAS verteilt und Informationen über die politischen Repressionen im sowjetisch beherrschten Teil Deutschlands an den RIAS geliefert. In den ersten Oktobertagen 1950 wurden Belter und neun seiner Mitstreiter von der deutschen Volkspolizei verhaftet und dem sowjetischen Geheimdienst überstellt. Die Belter-Gruppe wurde am 20. Januar 1951 vom SMT 48240 verurteilt. Herbert Belter, angeklagt nach Art. 58-6, 58-10 und 58-11 StG RSFSR, wurde zum Tode durch Erschießen verurteilt. Ihm soll vor allem zum Verhängnis geworden sein, daß er im Sommer 1950 den Journalisten Gerhard Löwenthal (1922–2002), einen der studentischen Mitgründer der „Freien Universität Berlin“, in Berlin(West) besucht hatte. Löwenthal war seinerzeit Redakteur der RIAS-Sendereihe „Studenten haben das Wort“. Das Urteil gegen Belter wurde vom Obersten Gericht der UdSSR bestätigt, und Belters Gnadengesuch vom Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR abgelehnt. Das Urteil ist am 28. April 1951 in Moskau vollstreckt worden.

Gegen die Mitglieder der Belter-Gruppe wurden folgende Urteile verhängt:

Otto Bachmann (geb. 1930), nach Art. 58-10, 58-11 verurteilt zu 25 Jahren Zwangsarbeit,

Ehrhardt Becker (geb. 1930), nach Art. 58-10, 58-11 verurteilt zu 25 Jahren Zwangsarbeit,

Peter Eberle, nach Art. 58-10, 58-11 verurteilt zu 25 Jahren Zwangsarbeit,

Rolf Grünberger (geb. 1929), nach Art. 58-10, 58-11 verurteilt zu 25 Jahren Zwangsarbeit,

Werner Gumpel (geb. 1930), nach Art. 58-6, 58-10, 58-11 verurteilt zu 25 Jahren Zwangsarbeit,

Günther Herrmann (geb. 1931), nach Art. 58-10, 58-11 verurteilt zu 25 Jahren Zwangsarbeit,

Siegfried Jenkner (geb. 1930), nach Art. 58-6, 58-10, 58-11 verurteilt zu 25 Jahren Zwangsarbeit,

Karl Miertschischk (geb. 1929), nach Art. 58-6, 58-10, 58-11 verurteilt zu 25 Jahren Zwangsarbeit,

Hans-Dieter Scharf (geb. 1930), nach Art. 58-10, 58-11 verurteilt zu 10 Jahren Zwangsarbeit.

Weil es für Bürger in einem demokratischen Rechtsstaat so schwer begreiflich ist, daß im Sowjetsystem mißliebig gewordene Staatsbürger unerwartet „verschwanden“ und fortan auch aus dem Gedächtnis ihrer Mitbürger getilgt sein sollten, sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß weder die Leipziger Universität noch die Angehörigen der Verurteilten etwas über den Strafprozeß und die gefälltten Urteile erfuhren.

In der eingangs erwähnten Ausstellung an der TU Dresden hing die Kopie eines Antwortbriefes der Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei an die Mutter von Ehrhardt Becker aus. Unter dem 26. Juni 1953 – also fast drei Jahre nach der Festnahme durch die Volkspolizei – wird der Mutter in einem Dreizeiler lakonisch mitgeteilt: „Über Ihren Sohn sind keine Unterlagen vorhanden.“ Becker war der einzige Nichtstudent der Gruppe, ein Tischlergeselle aus Bad Lausick. Nach seiner Entlassung aus dem sowjetischen Arbeitslager kehrte Becker in seine Heimat zurück und übernahm 1963 als Tischlermeister die elterliche Tischlerei. Der selbständige Handwerksmeister und „amnestierte“ Feind des Sowjetsystems dürfte es unter den Produktionsverhältnissen der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR nicht leicht gehabt haben.

Wenn die Verurteilten nach 1953 früher oder später frei kamen, so ließen sich manche sogleich in die BRD repatriieren. Verurteilten, die aus dem Gulag in die DDR heimkehrten, wurde wiederum Ungeheuerliches zugemutet, wie aus den Ausstellungsdokumenten zu ent-

nehmen war. So wurde Rolf Grünberger nach der Einstellung im Chemiewerk Lauta zum „GI“ (Geheimer Informant) der DDR-Staatssicherheit angeworben, und zwar mit der Absicht, ihn als Spitzel in den „Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen“ in Berlin(West)<sup>47</sup> einzuschleusen.

Die meisten der in die DDR heimgekehrten Studenten flüchteten nach kurzer Zeit in die BRD, setzten ihr Studium dort fort und erreichten, vergleichbar Generalarzt Dr. Horst Hennig, nicht selten führende Positionen im Berufsleben: Hans-Dieter Scharf erhielt einen Lehrstuhl für Chemie an der RWTH Aachen, Werner Gumpel wurde Ordinarius für Wirtschaft und Gesellschaft Südosteuropas an der LMU München. Werner Eggers wurde 1960 in Hamburg mit der Note „Sehr gut“ promoviert und wirkte von 1966 bis 1996 als Internist mit eigener Praxis in Salzgitter. Siegfried Jenkner widmete sich als Professor für Politikwissenschaft vor allem der Totalitarismusforschung. Im Jahre 2003 erschien seine kommentierte Bibliographie der Gulag-Publikationen.<sup>48</sup>

Leser, die sich eingehender mit der Thematik des vorliegenden Aufsatzes beschäftigen wollen, sei dieses Buch von Prof. Jenkner wärmstens empfohlen, denn in diesem Aufsatz konnte ich ja nur einen sehr kleinen Teil der vielen Studenten und Dozenten, die zu Opfern der Sowjetisierung auf deutschem Boden wurden, namentlich erwähnen. Bei allen Nichtgenannten möchte ich mich dafür entschuldigen, daß das ihnen zugefügte Unrecht und das erduldet Leid in meiner Darstellung nicht gewürdigt wurden. Seit 2004 wurden im Rahmen des internationalen Projektes „Erschossen in Moskau ...“ die Biografien von etwa 1000 deutschen Zivilisten recherchiert, die zwischen 1950 und 1953 von Sowjetischen Militärtribunalen in der DDR zum Tode verurteilt und in Moskau erschossen wurden. Unter den Hingerichteten waren 60 Frauen und 288 Jugendliche.<sup>49</sup>

## Gekidnappt und erschossen

Zum Schluß möchte ich über den deutschen Akademiker sprechen, an dem meines Wissens zum letzten Male ein Todesurteil durch die sowjetischen Instanzen in der DDR verhängt und in Moskau vollstreckt wurde, den Rechtsanwalt Dr.iur. Walter Linse, geb. 1903

in Chemnitz. Er arbeitete nach dem Kriege bei der Industrie- und Handelskammer Chemnitz, zuletzt als Hauptgeschäftsführer.

Dr. Linse floh im Juni 1949 nach West-Berlin und nahm 1950 eine Arbeitsstelle beim „Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen“ (UFJ) an, wo er Gewerbetreibende aus der DDR in Ent eignungsfragen beriet. 1951 wurde er Leiter der Wirtschaftsabteilung beim UFJ. Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR ließ ihn am 8. Juli 1952, morgens um 7.22 Uhr, in Berlin-Lichterfelde, wenige Meter von seinem Wohnhaus Gerichtsstraße 12 entfernt, von gedungenen Verbrechern kidnapen.<sup>50</sup> Den Tathergang schildert der Wikipedia-Eintrag so: „Ein MfS-Mitarbeiter bat ihn um Feuer. Als Linse in seiner Aktentasche suchen wollte, versetzte er ihm Faustschläge. Ein anderer Geheimdienstmann packte ihn von hinten und zog den sich heftig wehrenden Linse in einen als Taxi getarnten Opel. Linse wurde dabei ins Bein geschossen. Ein Lieferwagenfahrer versuchte vergeblich, das Auto zu rammen. Die Kidnapper entkamen mit hoher Geschwindigkeit über die Grenze des amerikanischen Sektors ...“

Dieser brutale Menschenraub erregte damals großes Aufsehen. Am übernächsten Tag fand eine Protestkundgebung zur Freilassung Linses vor dem Rathaus Schöneberg in Berlin statt, an der 25.000 Menschen teilnahmen. Ernst Reuter, der Regierende Bürgermeister von Berlin, appellierte an das Weltwissen – doch die Machthaber im „demokratischen Sektor“ von Berlin störte das wenig. Bis zum 3. Dezember 1952 blieb Linse im Stasi-Gefängnis in Berlin-Hohenschönhausen inhaftiert. Dann wurde er an den sowjetischen Geheimdienst in Berlin-Karlschorst übergeben. Dort wurde er Verbrechen gemäß Art. 58-6, 58-7, 58-10 und 58-11 beschuldigt. Das SMT 48240 fällt am 23. September 1953 in Berlin das folgende Urteil: „LINSE, Walter Ernst, wird auf der Grundlage der Art. 58-60 mit 10 Jahren Freiheitsentzug und Arbeitslager bestraft. Darüber hinaus verhängt das Gericht gemäß Art. 58-6 Abs. 1 des Strafgesetzbuches der RSFSR die Höchststrafe – Tod durch Erschießen – bei Einzug der Vermögenswerte, welche der Verurteilte bei seiner Verhaftung mit sich führte.“ Linses Kassationsbeschwerde vom 24. September und sein Gnadengesuch blie-

ben erfolglos. Am 15. Dezember 1953 gab der Vorsitzende des Militärkollegiums des Obersten Gerichtshofes der UdSSR den Befehl, das Urteil unverzüglich zu vollstrecken. Dr. Linse wurde am gleichen Tag in Moskau erschossen, der Leichnam verbrannt und seine Asche in einem Massengrab auf dem Donskoer Friedhof bestattet. 1961 wurde die Gerichtsstraße in Berlin-Lichterfelde, auf der der Menschenraub 1952 geschah, in Walter-Linse-Straße umbenannt.

Am 8. Mai 1996 unterschrieb der Kommissarische Leiter der Abteilung Rehabilitierung der Militärhauptstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation eine „Bescheinigung über die Rehabilitierung“. Eine Kopie der Bescheinigung kann man sich auf S. 85 in [Anmerkung 50] ansehen: Ein schmuckloses Formular wurde mit einer ausgeklapperten Schreibmaschine ausgefüllt, und es macht Mühe, den entscheidenden Satz zu entziffern: На основании ст.3 п.“а“ Закона РФ „О реабилитации жертв репрессий“ от 18 октября 1991 г. гражданин/ка/ Линзе Вальтер-Эрих реабилитирован/а.<sup>51</sup>

### **Friedhofsruhe an den Universitäten**

Das Jahr 1953, an dessen Ende Dr. Walter Linse in Moskau hingerichtet wurde, bietet sich gut für eine Zwischenbilanz der Erfolge des Sowjetisierungsprozesses an den Universitäten der DDR an. Der Tod Stalins am 5. März bedeutete eine einschneidende Zäsur in der Geschichte des ganzen Sowjetimperiums. Ein wesentliches Ereignis der deutschen Nachkriegsgeschichte war der Volksaufstand, der am 16. Juni von Bauarbeitern in Ostberlin ausging und sich am 17. Juni spontan auf 272 Städte und Ortschaften der DDR ausweitete. Im gleichen Jahr, in dem sich die Unzufriedenheit der Bevölkerung in diesem Arbeiteraufbegehren entlud und in dem mehr als 330 000 DDR-Bürger den Ausweg aus ihrer Bedrängnis in der Republikflucht suchten, war von öffentlichkeitswirksamen geistigen Auseinandersetzungen an den Universitäten nichts mehr zu spüren. Sie schienen befriedet, im Sinne einer Friedhofsruhe. Mit der II. Hochschulreform kam ab 1951 das sowjetische Hochschulmodell, das in der Sowjetunion in den 1930er Jahren installiert wurde, auch in der DDR zum Tragen.<sup>52</sup> Studentenräte

gehörten nach 1951 einer vergangenen, angeblich „überwundenen“ Epoche an. Von akademischer Selbstverwaltung war keine Rede mehr. Die SED-Hochschulpolitik wird von nun an in einem Staatssekretariat für Hochschulwesen formuliert. Die neuen Machtverhältnisse lassen sich schlaglichtartig durch zwei Briefe verdeutlichen, die der Kommunist und Wirtschaftshistoriker Jürgen Kuczynski<sup>53</sup> im Juli 1951 an den mächtigsten Mann in der DDR, den SED-Generalsekretär Walter Ulbricht schrieb: „Lieber Walter! Wie man mir sagte, hat mich das Staatssekretariat für Hochschulwesen zum Rektor für die Humboldt-Universität zu Berlin an das Sekretariat des ZK<sup>54</sup> vorgeschlagen. Ich möchte Dir nur sagen, daß ich, wenn die Partei zustimmt, diese Funktion sehr gerne übernehmen würde ...“ Als Kuczynski auf Grund seiner jüdischen Herkunft im Zusammenhang mit den damaligen stalinistischen Kampagnen gegen den Zionismus und den Kosmopolitismus der Juden selbst unter Druck geriet, übte er unterwürfig Selbstkritik und legte sein weiteres Schicksal demütig in Ulbrichts Hand: „Du hast in den letzten 15 Jahren all meine Funktionen bestimmt, und ich hoffe, daß es so bleiben wird. ... Selbstverständlich werde ich jede Entscheidung, die Du fällst, ohne Diskussion als die richtige hinnehmen und dementsprechend handeln!“<sup>55</sup> Der SED-Generalsekretär entscheidet sich gegen den jüdischen Altkommunisten und fleißigen marxistischen Wissenschaftler als künftigen Rektor zugunsten eines Altnazis.

Nach der II. Hochschulreform wird die SED-Hochschulpolitik von dienstbeflissenen Rektoren durchgesetzt, die nicht selten als „aktivistische Nazis“ (im Sinne der Entnazifizierungsbestimmungen) eingestuft werden müssen. Dies lehrt ein Blick auf die beiden größten DDR-Universitäten: An der Spitze der Humboldt-Universität zu Berlin steht von 1952 bis 1957 der Jurist Walter Neye, der bereits am 1. Mai 1933 in die NSDAP (Mitglied Nr. 26341196) eingetreten und von 1940 bis 1945 als Referent in Hermann Görings Reichs-Luftfahrt-Ministerium tätig war<sup>56</sup>. Die Universität Leipzig wird von 1950 bis 1963 von dem Volkswirt Georg Mayer geleitet. Er ist geradezu ein Paradebeispiel für die Wandlungsfähigkeit eines Opportunisten: als Student in einer schlagenden Verbindung mit Schmissen dekoriert, danach deutsch-nationaler Privatdozent,

später „Pg“, dann SED-Genosse und Volkskammerabgeordneter, dem in der 1963er Ausgabe von Meyers Neuem Lexikon sein „hervorragender Anteil bei der sozialistischen Umgestaltung der Hochschulen der DDR“ bescheinigt werden wird. Anderen DDR-Universitäten werden Rektoren vorgesetzt, denen man ihre „braune Vergangenheit“ nicht vorhalten kann. Eine Führungskraft anderen Couleurs ist der Hallenser Rektor jener Jahre, der international kampferprobte Kommunist und demobilisierte sowjetische Politoffizier Leo Stern.<sup>57</sup> Auf dem Kopfbogen des Rektors der Martin-Luther Universität Halle-Wittenberg schreibt dieser Rektor am 28. Okt. 1952 einen handschriftlichen Brief<sup>58</sup>, aus dem ich zitieren möchte: „Werter Genosse Ulbricht! In Kürze folgende wichtige Mitteilungen:

1. Die beiliegende Predigt von Dibelius<sup>59</sup> wurde von meiner Sekretärin mitstenografiert. Die rot unterstrichenen Stellen wurden von D. in der Predigt besonders hervorgehoben. ...
2. Die anderen Beilagen betreffen den berüchtigten Studentenpfarrer Hamel<sup>60</sup>, den ich dir schon vor einem Jahr signalisiert habe. Wenn diesem nicht sehr bald durch Verhaftung oder auf eine andere Art das Handwerk gelegt werden wird, kann der Schaden an unserer Universität unübersehbar werden. ...“

Tatsächlich wurde der lautere und charismatische Studentenpfarrer, den der Rektor mit Gewalt zum Schweigen bringen lassen wollte, im Februar 1953 verhaftet und monatelang in Ostberlin verhört. Mit dem Hinweis auf Bischof Dibelius und den Hallenser Studentenpfarrer Hamel öffnen sich die Tore zu zwei weiteren aufschlußreichen Themen der DDR-Geschichte, einerseits zum Kirchenkampf in der SBZ/DDR und andererseits zur Rolle, die die Studentengemeinden, sowohl die evangelischen als auch die katholischen, für das geistige Leben an den DDR-Hochschulen gespielt haben. Diese Themen liegen aber jenseits des für den vorliegenden Aufsatz gesetzten Rahmens.

## Karl-Marx-Ecken

Im Juli 1952 beschloß die zweite SED-Parteikonferenz „die planmäßige Errichtung der Grundlagen des Sozialismus“ und einen „verstärkten Klassenkampf nach innen“. Die fünf

Länder der SBZ wurden aufgelöst und durch vierzehn Bezirke ersetzt. Das Jahr 1953 erklärte die Partei- und Staatsführung der DDR zum „Karl-Marx-Jahr“. Die SED-Staatsorgane durften sich während der damit verbundenen ideologischen Kampagnen der uneingeschränkten Unterstützung durch die Universitätsleitungen gewiß sein. Die 1409 gegründete Universität Leipzig hieß fortan „Karl-Marx-Universität“. Aber auch an den anderen Universitäten der DDR werden die von der Partei- und Staatsführung gewünschten Erklärungen und Selbstverpflichtungen „zu Ehren des Schöpfers des wissenschaftlichen Sozialismus“ abgegeben. In der Entschließung des erweiterten Senats der TH Dresden lesen wir u.a.:<sup>61</sup>

„Der erweiterte Senat hat sich ... in eingehender Diskussion mit den Dokumenten des ... XIX. Parteitages der KPdSU(B) vertraut gemacht. ... Die Studierenden der Technischen Hochschule werden in allen Fakultäten und ... Instituten durch die Errichtung von Karl-Marx-Ecken<sup>62</sup> die Werke des Begründers des wissenschaftlichen Sozialismus und die ihr Fachgebiet betreffenden sowjetischen Werke propagieren.“

Die Fakten scheinen A.A. Shdanow, in den Nachkriegsjahren als Mitglied des Politbüros der KPdSU(B) für die marxistisch-leninistische Theorie zuständig, Recht zu geben. „Der moralische Druck hat sich entspannt. Wenn die Säulen gefällt sind, dann fällt der Zaun von selbst.“<sup>63</sup> Mit diesen Worten hatte Shdanow eine von ihm persönlich geleitete blutige Säuberungsaktion unter kommunistischen Funktionären in der Sowjetunion kommentiert.

\*\*\*

In der Tat, um in das Gehege der Hochschulautonomie einzudringen und es ideologisch total zu besetzen, war es nicht erforderlich gewesen, jede Latte der Umzäunung zu brechen, sondern nur deren Stützsäulen. Deshalb wurden vor allem jene Universitätsangehörigen, die den Machthabern durch unabhängiges Denken, natürliche Autorität und aufrechten Charakter auffielen, in der SBZ und der frühen DDR zu Opfern der Sowjetdiktatur. Im sowjetisch beherrschten Teil Deutschlands wurden

sie schuldlos verhaftet, heimlich verschleppt und von sowjetrussischen Militärtribunalen verurteilt. Wer in diesem Teil Deutschlands nach den Verschwundenen gefragt oder über ihr Schicksal öffentlich gesprochen hätte, der wäre als Verleumder des Sowjetsystems und damit als Feind der friedliebenden, fortschrittlichen Menschheit stigmatisiert worden und hätte für sich und seine Familie mit schlimmen Konsequenzen rechnen müssen. Deshalb war in diesem Teil Deutschlands nur äußerliches Schweigen wahrnehmbar. Das heimliche Wissen der vielen einzelnen betroffenen Familien wurde unter dem Mantel des gebotenen Schweigens und unter dem Zwang zur demonstrativen Loyalität mit den Machthabern im Laufe von Jahrzehnten nach und nach erstickt. Im anderen, größeren Teil Deutschlands war das öffentliche Interesse an den Geschichten der Betroffenen gering, und man schenkte den Aussagen der Betroffenen nur wenig Aufmerksamkeit. Diese Geschichten konnten ja nicht einmal nachprüfbar belegt werden, und sie paßten auch nicht zu dem gesellschaftspolitischen Bild vom „Osten“, das in den 1960er, 1970er und 1980er Jahren zunehmend durch die meisten deutschen Medien verbreitet und das an deutschen Schulen gelehrt wurde.

Jetzt aber liegen die Belege der sowjetrussischen Unrechtsjustiz vor, und der Russische Staat hat sehr viele Opfer des Sowjetsystems rehabilitiert, unter ihnen auch die zahlreichen unschuldigen deutschen Opfer aus dem akademischen Leben der Nachkriegsjahre, in den meisten Fällen postum.

Wir Deutschen dürfen stolz sein auf unsere Landsleute, die unter der Sowjetdiktatur Opfer für die akademische und politische Freiheit gebracht haben, und wir sind es ihnen schuldig, daß die Wahrheit über ihr Tun und Leiden einen gebührenden Platz im kulturellen Gedächtnis der deutschen Nation findet. Damit erfüllen wir zugleich eine Pflicht gegenüber der heranwachsenden Generation der Studierenden, damit diese bei ihren heute und morgen zu treffenden Verhaltensentscheidungen auf Vorbilder blicken und sich an ihnen orientieren können. ■

Korrespondenzadresse siehe S. 31.

- 30 Arno Esch: „Verfassungsgerichte und Volkssouveränität“, Norddeutsche Zeitung, Schwerin, 15. Jan. 1949
- 31 Anmerkung des Verf.: Das „Kommissariat 5“ war die deutsche politische Polizei in der SBZ, Vorgänger des 1950 eingerichteten Staatssicherheitsdienstes der DDR
- 32 H. Köpke, F.-F. Wiese: Mein Vaterland ist die Freiheit. Das Schicksal des Studenten Arno Esch. Hinstorff Verlag Rostock 1990 (ISBN 3-356-00373-9)
- 33 Zwischen der Moskauer Zentrale der KPdSU(B) und der Leningrader Parteileitung gab es seit der Ermordung des Leningrader ZK-Sekretärs Kirow im Jahre 1934 Machtkämpfe. 1949 verschwanden die Leningrader Spitzenfunktionäre Wosnessenski, Kusnezow, Rodionow, Popkow u.a. von der Bildfläche. Man brauchte eine gesetzliche Grundlage, um sie zum Tode zu verurteilen. Im Zuge dieser „Säuberung“ verloren circa 2000 Leningrader Parteiarbeiter ihre Posten, etwa 200 landeten im GULag.
- 34 Weitere Angaben zu den Rostocker Verurteilten finden sich im Internet unter [www.gulag.memorial.de](http://www.gulag.memorial.de)
- 35 Zitat aus der Rehabilitierungsbescheinigung: „Приговор военного трибунала Московского военного округа от 26 мая 1951 года в отношении Эш Арно отменен и дело прекращено за отсутствием состава преступления. Эш Арно по данному делу полностью реабилитирован.“
- 36 Akronym von Всесоюзный Ленинский коммунистический союз молодежи, dem Leninschen Kommunistischen Jugendverband in allen Sowjetrepubliken
- 37 Anmerkung des Verf.: Später, in den 1970er und 1980er Jahren, wurde in vielen offiziellen Studiendokumenten der Terminus „FDJ-Student“ als Synonym für „DDR-Student“ verwendet.
- 38 Internet-Eintrag „Altenburger Oberschule“ der Bundeszentrale für politische Bildung.
- 39 Der RIAS (Radio im amerikanischen Sektor) Berlin – „Eine freie Stimme der freien Welt“ – war ein Instrument der amerikanischen Informationspolitik und wurde von vielen deutschen Familien in der SBZ/DDR regelmäßig heimlich gehört, um eine realistischeres Bild über das Zeitgeschehen zu gewinnen.
- 40 Die KgU war 1948 in Berlin(West) als antikomunistische Widerstandsgruppe gegründet worden. Ursprünglich verstand sie sich als Suchdienst für Menschen, die in der SBZ vom sowjetischen Geheimdienst als Gegner der Besatzungsmacht und der Sowjetisierung verhaftet oder verschleppt worden waren.
- 41 K.-D. Müller, J. Osterloh: Die Andere DDR. Eine studentische Widerstandsgruppe und ihr Schicksal im Spiegel persönlicher Erinnerungen und sowjetischer NKWD-Dokumente. Dresden 1995 (ISBN 3-931648-03-6)
- 42 J. Foitzik, H. Hennig: Begegnungen in Workuta. Erinnerungen, Zeugnisse, Dokumente. 2. Aufl., Leipziger Universitätsverlag 2003 (ISBN 3-936522-26-X)
- 43 K.-P. Graffius, H. Hennig: Zwischen Bautzen und Workuta. Totalitäre Gewaltherrschaft und Haftfolgen. Leipziger Universitätsverlag 2004 (ISBN 3-937209-76-X)
- 44 Aus Abschnitt „Die demokratischste aller Wahlen“ in [Anmerkung 27]
- 45 Vgl. S. 259 in [Anmerkung 46]
- 46 W. Hederer, H. Hennig (Hg): Schwarze Pyramiden, rote Sklaven. Der Streik in Workuta im Sommer 1953. Bonn 2008 (ISBN 978-3-89331-847-6)
- 47 Der im Herbst 1949 gegründete **Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen** (UFJ) war ein deutscher Menschenrechtsverein, der seinen Vereinssitz in Berlin-Zehlendorf hatte und sich der Aufdeckung rechtsstaatswidriger Verhältnisse in der DDR widmete. Er sammelte systematisch Zeugenaussagen zu Menschenrechtsverletzungen in der DDR und erteilte davon Betroffenen rechtliche Unterstützung. Im RIAS wurden in regelmäßigen Abständen vom UFJ zusammengestellte Listen mutmaßlicher Stasi-Spitzel verlesen.
- 48 S. Jenkner: Erinnerungen politischer Häftlinge an den GULAG, Berichte und Studien Nr. 41 des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung an der TU Dresden 2003 (ISBN 3-931648-45-1)
- 49 A. Roginskij, F. Drauschke und A. Kaminsky (Hg.): „Erschossen in Moskau ...“ Die deutschen Opfer des Stalinismus auf dem Moskauer Friedhof Donskoje 1950–1953, 3. vollst. überarb. Aufl., 480 S., Berlin 2008 (ISBN 978-3-938690-14-7)
- 50 S. Mampel: Entführungsfall Dr. Walter Linse – Menschenraub und Justizmord als Mittel des Staatsterrors. Berlin 1999 (ISBN 3-934085-02-2)
- 51 Dt. Übers.d. Verf.: Auf der Grundlage von Art. 3 Pkt.“a“ des Gesetzes der RF „Über die Rehabilitierung der Opfer von Repressionen“ vom 18. Oktober 1991 wurde der Bürger/die Bürgerin Walter-Erich Linse rehabilitiert.
- 52 Die II. Hochschulreform ordnete ein einheitliches Zehnmönate-Studienjahr an, das am 1. September beginnt und auch Zeit für obligatorische Arbeits- und Ernteeinsätze sowie militärische Ausbildungslager planbar macht, das nach festen Stundenplänen mit mehr als 30 Wochenstunden abläuft und grundsätzlich Anwesenheitspflicht vorsieht. Alle Studienrichtungen gemeinsam ist ein dreijähriges obligatorisches Marxistisch-Leninistisches Grundstudium (mit den drei Teilen M/L-Grundlagen, POLÖK, DIAMAT) und obligatorischer Russisch-Unterricht. Ein Studium in der DDR ist nach der II. Hochschulreform keine Privatsache mehr, sondern erfolgt im gesellschaftlichen Auftrag der Arbeiterklasse. 20 bis 30 Studierende werden in einer staatlichen Seminargruppe zusammengeschlossen, an die der einzelne bis zum Studienabschluß gebunden bleibt. Im Rahmen der Seminargruppe soll sich das studentische Leben entfalten, einschließlich gemeinsamer Veranstaltungen in der Freizeit. Nach außen wird die Seminargruppe durch einen Seminargruppensekretär vertreten. Zum Zwecke der Kommunikation mit dem Lehrkörper wird jeder Seminargruppe ein Seminargruppenbe-
- treuer (Professor oder wiss. Assistent) zugeteilt.
- 53 Jürgen Kuczynski (1904–1997) entstammte einer wohlhabenden deutsch-jüdischen Professorenfamilie und studierte in Deutschland und den USA. Nach seinem Eintritt in die KPD (1930) ließ er sich zum sowjetischen Spion anwerben und emigrierte 1936 nach England. 1945 kehrte er als Oberst der US-Army nach Deutschland zurück und wurde Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Berliner Universität. – Kuczynskis jüngere Schwester Ruth Werner (1907–2000) war die sowjetische Kundschafterin „Sonja“.
- 54 ZK steht hier für „Zentralkomitee der SED“.
- 55 Bundesarchiv SAPMO-BArch, NY 4182/933; Zitate übernommen aus S. 52–54 in [Anmerkung 56]
- 56 C. Jordan: Kaderschmiede Humboldt-Universität zu Berlin. Ch. Links Verlag Berlin 2001, S. 56 ff. (ISBN 3-86153-253-0)
- 57 Jonas Leib Stern wurde 1901 in einer kinderreichen kleinbäuerlichen jüdischen Familie in der Bukowina geboren, besuchte das Gymnasium in Czernowitz (heute Tscherniwzi in der Ukraine) und studierte in Wien. Als Mitglied der KPÖ nahm er 1934 am österreichischen Bürgerkrieg teil, emigrierte auf Parteibesuch 1936 in die Sowjetunion, wohnte dort im Moskauer Hotel Lux und arbeitete in der Presseabteilung der Komintern. Er kämpfte 1937/38 in den Internationalen Brigaden in Spanien und im Weltkrieg als Politoffizier in der Roten Armee. 1945 kehrte er als sowjetischer Kulturoffizier im Range eines Oberstleutnants nach Wien zurück und gewann großen politischen Einfluß. Nach internen Auseinandersetzungen in der KPÖ wurde Stern 1950 vom Land Sachsen-Anhalt als Professor für Geschichte an die Universität Halle bestellt. Hier machte er rasch Karriere: 1951 wurde er Prorektor für das gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium, und er amtierte bald darauf als Rektor (bis 1959).
- 58 Die mir vorliegende Fotokopie des Briefes verdanke ich Herrn Dr. Horst Hennig.
- 59 Der Theologe Dr. Otto Dibelius (1880–1967) vertrat als Generalsuperintendent, evangelischer Bischof und Vorsitzender der EKD die Eigenständigkeit der Kirchen gegenüber totalitären Herrschaftsansprüchen, seien sie national-sozialistischer oder sowjet-kommunistischer Provenienz.
- 60 Dr. theol. Johannes Hamel (1911–2002) war 1946–1955 evangelischer Studentenpfarrer in Halle, 1955–1976 Dozent für Praktische Theologie an der Kirchlichen Hochschule in Naumburg (Saale).
- 61 125 Jahre Technische Hochschule Dresden. Festschrift. Herausgegeben im Karl-Marx-Jahr 1953. Dresden 1953, S. 84–85
- 62 Meist mit rotem Tuch ausgelegte „Altäre“ zur Verehrung des Schöpfers des Marxismus-Leninismus.
- 63 Dt. Übers. des Verf. aus dem Russischen (Quelle: Zeitschrift Oronok 19 (Mai 1988), S. 25)

# „Einheitsschule/Gemeinschaftsschule“ für alle Kinder ist „ein Experiment, das zu Lasten künftiger Generationen geht“

Die Bundes-Direktoren-Konferenz\* tagte vom 5. – 8. November 2008 in München

Vor dem Hintergrund der aktuellen internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise und der anhaltenden Strukturdebatte im Bildungswesen beschäftigte sich die Bundes-Direktoren-Konferenz (BDK) in München mit der Frage: Wie muß ein leistungsfähiges Schulsystem ausgestaltet werden, damit unser Land im internationalen Wettbewerb auch zukünftig bestehen kann?

## **Bedeutende Rolle des Gymnasiums/Beginn ab Klasse 5 „unverzichtbar“**

Dazu bedarf es nach Auffassung der BDK eines Schulsystems, das die vorhandenen unterschiedlichen Begabungspotentiale unserer Kinder umfassend ausschöpft, um besonders leistungsfähige und leistungsbereite Kinder – unabhängig von ihrer sozialen Herkunft – zu gesellschaftlich verantwortungsvoll denkenden und handelnden Persönlichkeiten zu erziehen und zu bilden.

„Dies gelingt nur mit einem differenzierten Schulsystem, in dem das Gymnasium seine bedeutende Rolle beibehält“, sagte die Vorsitzende der BDK, Barbara Loos. Nichts sei ungerechter als die gleiche Behandlung Ungleicher.

Aufbauend auf einer möglichst frühen Förderung im Kindergarten, in der Vorschule und der Grundschule muß das Gymnasium – auch aus entwicklungspsychologischen Gründen – vor der Pubertät beginnen. Daher ist der Beginn der Gymnasialzeit mit der Klasse 5 zur optimalen Ausschöpfung der Begabungspotentiale unverzichtbar. Die Erfahrung der Grundschule und zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, daß nach vier Jahren gemeinsamen Lernens nachweisbar unterschiedliche Lernstände vorhanden sind. Förderung muß auf dieser Basis differenziert erfolgen. Ein gegliedertes Schulsystem bleibt daher unabdingbar.

Die BDK verweist ausdrücklich darauf, daß das Gymnasium allen wissenschaftlichen Studien zufolge sehr erfolgreich ist, bei den Eltern in Deutschland höchste Wertschätzung erfährt und im Ausland ein hohes Ansehen genießt. Die in einigen Bundesländern angestrebte

„Einheitsschule/ Gemeinschaftsschule“ für alle Kinder sei ein Experiment, das zu Lasten künftiger Generationen und damit unseres Landes gehe. Es binde viel Zeit und Ressourcen und sein Ausgang sei mehr als ungewiß. „Wir stärken unser Bildungssystem wesentlich nachhaltiger, wenn wir Zeit und Ressourcen in die Weiterentwicklung der Qualität schulischer Arbeit investieren“, so Loos.

## **Beitrag des Gymnasiums zu individueller Förderung und Bildungsgerechtigkeit**

Die Bundes-Direktoren-Konferenz unterstreicht das Recht eines jeden Kindes auf individuelle Förderung. Diese beginnt in der Familie und muß über verbindliche vorschulische Bildung und Erziehung weitergeführt werden, damit alle Kinder beim Eintritt in die Grundschule Chancengerechtigkeit erwarten können.

Das Gymnasium fördert ab Klasse 5 die Kinder, die sich schon als besonders begabt, interessiert, anstrengungsbereit und ausdauernd im Lernprozeß erwiesen haben. Sie werden sich bei gymnasialspezifischer Förderung und Förderung den komplexen Ansprüchen des achtjährigen Gymnasiums erfolgreich stellen und durch die Herausforderungen des gymnasialen Unterrichts ihre Potentiale entwickeln können. Damit leiste das Gymnasium einen wesentlichen Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit.

„So gebildete junge Erwachsene sind in besonderer Weise befähigt, in sozialer Verantwortung hochqualifizierte Schlüsselpositionen in Wissenschaft, Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft zu übernehmen“, stelle Barbara Loos fest.

„Die Ausbildung von Eliten ist für den Erfolg unseres Landes unverzichtbar.“

## **Forderung: Das Gymnasium in hoher Qualität erhalten**

In einer Abschlusserklärung forderte die BDK nachdrücklich alle gesellschaftlich Verantwortlichen auf, angesichts der globalen Herausforderungen ein qualitativ hochwertiges Gymnasium ab Klasse 5 zu unterstützen und seine Existenz und Weiterentwicklung verlässlich zu garantieren.

\* Die Bundes-Direktoren-Konferenz ist das ausführende Organ der Bundesvereinigung der Oberstudiendirektoren; in ihr sind ca. 70% der Direktorinnen und Direktoren von Gymnasien in allen Bundesländern organisiert. Ziel der Vereinigung ist die Förderung des Gymnasiums im Rahmen des gegliederten Schulwesens.

## **Deutsche Gesamtschule schnitt schlecht ab**

Die Integrierte Gesamtschule (IGS) hat bei PISA 2006 und bei PISA-E 2006 erneut schlecht abgeschnitten. Nach Analyse des Deutschen Lehrerverbandes (DL) rangiert die IGS trotz einer hinsichtlich Begabung und Herkunft vergleichbaren Schülerschaft und trotz erheblich besserer Personalausstattung im Bundesdurchschnitt um rund 50 PISA-Punkte und quer durch die Länder um bis zu 97 PISA-Punkte hinter der Realschule. Das sind eineinhalb bis drei Schuljahre Unterschied bereits bei Fünfzehnjährigen.

Berlin

## „Die Hauptschule ist die erfolgreichste Schulart in Berlin“

Diese Auffassung vertrat Gerhard Schmid, Regionalbeauftragter für Berlin und Brandenburg des Bundes Freiheit der Wissenschaft und Oberschulrat in Berlin/Friedrichshain-Kreuzberg, am 16. September 2008 auf einer Veranstaltung des CDU-Ortsverbandes Friedenau im Rathaus Schöneberg zum Thema „Wie krank ist die Berliner Schule wirklich?“

„Wenn an die Hauptschulen fast nur 100% hauptschulempfohlene Schüler aus den Grundschulen kommen, jedoch dann sogar zwischen 10% und 20% der Schüler eines Jahrgangs am Ende der 10. Klasse den Mittleren Schulabschluß schaffen, dann ist die Hauptschule sehr erfolgreich.“

In Gesamtschulen kamen 50% bis 60% realschulempfohlene Schüler aus den Grundschulen. Von diesem Jahrgang haben nach einer punktuellen Untersuchung gerade einmal 25% eines Jahrgangs in der 10. Klasse den Mittleren Schulabschluß geschafft. (Eine flächendeckende Untersuchung der Ergebnisse der Gesamtschulen dazu wurde nicht durchgeführt.) Selbst an Gymnasien mit nahezu 100% gymnasialempfohlenen Schülern mit Probezeit schaffen nur etwas über 90% den Mittleren Schulabschluß.“

„Die Gesamtschulen sind in Berlin – mit wenigen Ausnahmen – wenig erfolgreiche Schulen, selbst wenn an anderen Gesamtschulen das Ergebnis etwas besser sein sollte“, fuhr Gerhard Schmid fort. „Viele von ihnen sollten aufgelöst und die Schüler an den Hauptschulen beschult werden.“

### „Hauptschüler werden nicht an Hauptschulen zu solchen, sondern an den Grundschulen.“

„Aus diesen in Berlin sechs Jahre umfassenden ‚Schulen für alle‘ kommen Jugendliche ohne ausreichende Deutschkenntnisse, ohne Anstrengungs- und Leistungsbereitschaft und oft ohne zivilisierte Umgangsformen an die Hauptschulen und zahlenmäßig noch viel mehr an die Gesamtschulen. Sie haben an der Grundschule nur Mißerfolgsresultate gehabt.



Gerhard Schmid

An kleinen Hauptschulen mit engagierten Lehrkräften und bei günstigen Rahmenbedingungen wie kleinen Klassen, Sozialarbeitern und konsequenter berufspraktischer Orientierung können sie zum ersten Mal Erfolgserlebnisse verzeichnen und auf Klassenfahrten Umgangsformen und bei entsprechender Bereitschaft einigermaßen Deutsch lernen.“

### „Irgendetwas läuft falsch an den Grundschulen.“

„Die für diese Schüler erfolglose sechsjährige Gemeinschaftsschule namens ‚Grundschule‘ letztlich von sechs Jahren als integrierte Haupt- und Realschulen und dann als Regionalschulen auf zehn Jahre auszudehnen, löst keine Probleme, sondern verstärkt sie: Die Probleme der Hauptschulen und vieler Gesamtschulen sind nicht die dieser Schularten selbst, sondern die Probleme resultieren aus der geringen Leistungsfähigkeit der Kinder, die nur eine Hauptschulempfehlung erhalten können. In sechs Jahren Grundschulzeit konnte dies nicht geändert werden. Warum sollte dies unter den gleichen Rahmenbedingungen nach weiteren vier Jahren möglich sein?“

„Daß solche Schüler später kaum Arbeit finden, liegt aber nicht daran, daß sie Hauptschüler waren, sondern an ihrer geringen Leistungsbereitschaft, an der fehlenden Ausbildungsreife. Sie kommen aus Familien, in denen nicht genug gefördert wurde. Es liegt auch an der oft nicht gelungenen sprachlichen und kulturellen Integration vieler Migranten

und an einer unzureichenden vorschulischen Bildung.“

### Was wird das Ergebnis der von Zöllner geplanten Schulreformen in Berlin sein?

„Die integrierten Haupt- und Realschulen und später die Regionalschulen werden Restschulen werden und in den meisten Berliner Bezirken Ghetto-Schulen für Kinder bildungsferner Migranten und sozialschwacher Deutscher – die bildungsnahen Deutschen und Migranten werden ihre Kinder an Privatschulen und Gymnasien anmelden. Die Parallelgesellschaften in Berlin werden damit ausgebaut und verstärkt.“

„Die Spaltung in der Gesellschaft wird verstärkt und Gewaltausbrüche wahrscheinlicher“.

### Die Alternative:

„Alle PISA-Untersuchungen haben deutlich gemacht, daß nicht das Schulsystem, sondern die Unterrichtsqualität entscheidend zum Bildungserfolg beiträgt. Es kann nicht um neue Schulstrukturen in Berlin, sondern um auf alle Begabungen zugeschnittene Schularten und Schulprofile gehen, um stärkere individuelle Förderung und Lernwege. Es geht um eine Vielfalt im Schulwesen unter Einschluß von Schulen in kirchlicher und privater Trägerschaft, um Bildungsgänge ohne Sackgassen und viele Übergangsmöglichkeiten. Es geht einerseits um Elitebildung zur nachhaltigen Sicherung unseres Wohlstandes in diesem Land und andererseits um die Förderung bildungsferner und sozialschwacher Kinder auch an Hauptschulen.“

„Dazu brauchen wir aber in Berlin eine professionell arbeitende Lehrerschaft und Schulverwaltung – daran fehlt es leider häufig in Berlin – und nicht Dilettantismus. Selbst die Lehrkräfte und Schulleiter der Hauptschulen sind nicht stolz auf ihre Erfolge, sondern wollen ihre Schulart aufgelöst sehen – das wäre aber nicht gut für die Berliner Schule.“

Korrespondenzadresse siehe S. 31.

# Für das chancengerechte und leistungsfähige gegliederte Schulsystem

## Positionspapier zur Schulstrukturdiskussion in Nordrhein-Westfalen

Angesichts der vielfältigen Versuche von Lehrgewerkschaft und Parteistrategen, aus ideologischen Gründen durch eine Hermeneutik der Gewalt, d. h. durch unredliche Interpretationen von Untersuchungsergebnissen, Stimmung gegen das gegliederte Schulwesen und für die Einheitschule zu machen, hat das Aktionsbündnis Schule, dem neben fünfzehn weiteren Verbänden auch der Bund Freiheit der Wissenschaft angehört, einmal mehr die Argumente, die für das gegliederte Schulwesen sprechen, zusammengefaßt.

Das Positionspapier des „Aktionsbündnisses gegen die Zerschlagung unserer Schulen“ wurde am 15. Dezember 2008 verabschiedet und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die *fdw* stellt es im Folgenden vor:

1. Das Aktionsbündnis Schule spricht sich unmißverständlich für das **gegliederte Schulsystem** in Nordrhein-Westfalen aus.
2. Kinder und Jugendliche besitzen **unterschiedliche Fähigkeiten, Begabungen und Neigungen**. Das differenzierte und vielfältige Schulformangebot bietet die größtmöglichen Chancen, durch ein breites Spektrum unterschiedlicher Formen des Förderns und Forderns allen Schülerinnen und Schülern gerecht zu werden.
3. **Individuelle Förderung** beginnt mit der Möglichkeit, aus unterschiedlichen Bildungsangeboten auszuwählen.  
Vermindert der Staat die Möglichkeiten, zwischen Bildungsangeboten auszuwählen, so provoziert er, daß sich Eltern, Schülerinnen und Schüler Ersatzangeboten zuwenden.  
Erfahrungen aus anderen Ländern lehren, daß bei Vereinheitlichung des Schulsystems durch den Staat die erforderliche begabungsgerechte Unterstützung von einer Förderung je nach finanziellen Möglichkeiten abgelöst wird. Die Bildungsgerechtigkeit nimmt Schaden.
5. **Bildungsgerechtigkeit** wird erreicht durch Stärkung des Bildungsbewußtseins, frühzeitige Sprachförderung, Förderung der Migrantenkinder, pädagogische Förderangebote, die Nutzung der Durchlässigkeit und der Anschlußfähigkeit in dem gegliederten Schulsystem.
6. Der demografisch bedingte Schülerrückgang muß zur Verbesserung der pädagogischen Rahmenbedingungen genutzt werden. Eine gute **personelle und sächliche Ausstattung** der Schulen und **guter Unterricht** sind Voraussetzung für gute Schülerleistungen.  
Der Schülerrückgang darf nicht zu einer Reduzierung der Schulformangebote mißbraucht werden. Kleine Schulen und kleine Klassen bieten neue Chancen individueller Unterstützung.
7. **Homogenere Lerngruppen** erlauben eine intensive persönliche Förderung. Damit lassen sich psychisch belastende Unter- wie Überforderungen vermeiden.  
Unterschiedliche Schulformen vermögen eigene Bildungsprofile zu entwickeln, differenzierte Bildungsgänge anzubieten, sich bei Unterrichtsgehalten und –methoden an der jeweiligen Schülerschaft zu orientieren und klare Abschlußdefinitionen vorzugeben.
8. Der **Wechsel auf weiterführende Schulen** nach der 4. Grundschulklasse ist pädagogisch sinnvoll, da die Begabungen zu diesem Zeitpunkt bei der überwiegenden Mehrzahl der Kinder nach allen wissenschaftlichen Erkenntnissen klar erkennbar sind.  
Zudem lehrt die moderne Gehirnforschung, daß das Lernen in bestimmten Zeitfenstern, die nur eine begrenzte Entwicklungsspanne lang offen sind, genutzt werden sollte. Eine Verschiebung des Übertrittszeitpunkts in die Pubertät hinein verstärkt die Prognoseunsicherheit nachweislich.
9. **Umfragen** weisen nach, daß über 70 % der Deutschen das gegliederte Schulsystem wollen.
10. Die Schulstrukturdebatte muß statt von Vorurteilen, Schlagworten und hoher Emotionalität künftig von Sachargumenten, Wissenschaftsbefunden und seriösen Erfahrungswerten geprägt sein.  
Maßstab und Zentrum aller Diskussionen muß das **Wohl des einzelnen Kindes und Jugendlichen** sein.

Düsseldorf im Dezember 2008



Hochschulminister verspricht: Alles wird gut

## Landeselternschaft der Gymnasien diskutierte über „Doppelte Abiturjahrgänge“, „Kopfnoten“ und die Problemfelder von „G8“

### Die Elternvertretung will klare Kriterien und umfassende Informationen

Am 15. November 2008 fand in Dortmund die traditionelle Herbstmitgliederversammlung der Landeselternschaft der Gymnasien NRW statt.



*Einsatz für gelingende Erziehung – Gabriela Custodis, Vorsitzende der Landeselternschaft der Gymnasien NRW*

#### **Custodis: Nachhaltige Werteerziehung tut not**

In ihrer Begrüßungsrede nahm die Vorsitzende der Landeselternschaft, Gabriela Custodis, die Finanzkrise zum Anlaß, einige Anmerkungen zum Thema Werteerziehung zu machen. Es sollte schon in den Schulen nachhaltig vermittelt werden, daß „Gier und Geiz keine Lebensziele“ seien. Gemäß Grundgesetz und Landesverfassung seien Erziehung und Bildung Auftrag der Schule und natürlich auch der Eltern. Daß diese Tatsache immer wieder erwähnt werden müsse – führte sie auch selbstkritisch aus –, sei für alle Grund, einmal ihr Bildungsverständnis zu überprüfen.

In diesen Zusammenhang könne man die Diskussion über die Beurteilung des Arbeits- und Sozialverhaltens einord-

nen, das z.B. in England in ausführlichen Berichten bewertet werde.

#### **Kopfnoten werden begrüßt**

So herrsche wohl Konsens über die durchaus positiven Seiten der so genannten Kopfnoten; denn:

- „Die Bereiche Arbeits- und Sozialverhalten sollen deutlich von den Fachnoten getrennt werden.
- Es werden wichtige überfachliche Leistungen bewertet.
- Die gesamte Konferenz beschließt die Noten, nicht ein einzelner Lehrer.
- Für die Oberstufe wird in der neuen Verordnung eine Jahrgangsstufenkonferenz vor der Zulassung zum Abitur eingeführt, in der auch über die Kopfnoten beraten wird.“

Durch die „intensive öffentliche Diskussion“ habe eine „positive Bewußtseinsbildung“ stattgefunden, aber die gesetzlichen Vorschriften sorgten für Unklarheit und Widerspruch. Sie fordere deshalb namens der Eltern klare Kriterien und eine intensive und umfassende Information der Schüler, die bisher nur in wenigen Schulen stattgefunden habe.

Diese letzte Forderung der Vorsitzenden darf man getrost auf alle Neuerungen am Gymnasium beziehen, die in der Diskussion der Mitglieder am späteren Vormittag eine Rolle spielten: Dazu gehörten Themen wie Nachmittagsunterricht, Ganztagsangebote, Umstellung der Schülerbelastung durch G8 und die künftigen Studienmöglichkeiten und -bedingungen der Abiturienten.

Frau Custodis selbst sprach einleitend die Themen an: Angesichts der Reformen bedürfe es auch neuer pädagogischer Konzepte. Ganztagschulen dürf-

ten nicht „Halbtagschulen mit Suppenausgabe“ sein. Wissensvermittlung sei zwar nicht alles, aber sie müsse gesichert sein. Demographiegewinne sollten daher bei den Schulen belassen werden.

Mit der Aufforderung an die Regierung, Schüler und Eltern vor allem auch bezüglich der Studienmöglichkeiten angesichts des hohen Anstiegs der Studentenzahlen, deren Höhepunkt im Jahr 2013 zu erwarten sei, frühzeitig und umfassend zu informieren, leitete sie zum Hauptreferat des Tages über.

#### **Pinkwart: NRW ist für doppelte Abiturjahrgänge gerüstet**

In seiner Rede zum Thema des Tages, also zu den für 2013 zu erwartenden doppelten Abiturjahrgängen, wurde Professor Dr. Andreas Pinkwart, der zuständige Hochschulminister, überraschend und erfrischend konkret.

Zunächst hob er pflichtgemäß hervor, was die Landesregierung seit ihrem Amtsantritt in der Schulpolitik alles in die Wege geleitet habe, getreu ihrem Motto, der Bildung hohe Priorität einzuräumen.

Dazu gehöre beispielsweise die Halbierung des Unterrichtsausfalls, der Ausbau der Ganztagschulen, die Förderung der frühkindlichen Erziehung, Sprachförderung und anderes mehr.

Zum Kernthema sich bewegend, machte er vorbereitend darauf aufmerksam, daß Nordrhein-Westfalen in Europa die dichteste Hochschullandschaft habe. Auch hier habe es seit Antritt der neuen Regierung mehr Geld für die Gestaltungskraft und mit dem Hochschulfreiheitsgesetz auch mehr Gestaltungsfreiheit für die Hochschulen gegeben. Es gebe allerdings eine Unterbesetzung an Fachhochschulstudienplätzen – ein Um-

stand, der übrigens zu landesweiten, kürzlich abgeschlossenen Bewerbungsverfahren um neue Fachhochschulstandorte geführt hat.

## Masterplan für doppelte Abiturjahrgänge

Damit nahm er den Zuwachs an Studenten durch die doppelten Abiturjahrgänge ins Visier: Seit dem Frühjahr gebe es einen Masterplan für doppelte Abiturjahrgänge.

Man gehe von sehr hohen Werten aus und rechne mit etwa 160.000 zusätzlichen Studienanfängern zwischen 2011 und 2020. Auf dieser Größe werde geplant und mit den anderen Bundesländern verhandelt. Mit Zustimmung aller Bundesländer wolle man im Bereich der Hochschulzulassung kooperieren und – in Anspielung auf aktuelle Ereignisse: „wie beim Finanzmarktstabilisierungsgesetz“ – auch bei Bildungsthemen „mit schneller Einstimmigkeit“ handeln.

## Drei neue Fachhochschulen

Im Lande Nordrhein-Westfalen werde man drei neue Fachhochschulen errichten, insbesondere für Studiengänge in den so genannten MINT-Fächern. Es würden auch neue Abteilungen an bestehenden Fachhochschulen gegründet. Insgesamt erreiche man damit einen Umfang von 11.000 neuen Studi-



Minister Pinkwart – Optimistisch mit Masterplan  
Foto: Presseservice NRW

enplätzen mit Aufwendungen von 160 Millionen Euro jährlich.

Der Minister führte weitere konkrete Regelungen für die Übergangszeit bis zur Nutzung der neuen Einrichtungen an. Vor dem Hintergrund entsprechender Zielvereinbarungen wolle man Fachhochschulen und Universitäten zu gleichen Teilen mit zusätzlichen Mitteln bei einer Erhöhung der Studienanfängerplätze ausstatten.

## Modernisierungstau auflösen

Im Zusammenhang mit den größeren Anfängerzahlen werde auch auf Zukunft hin modernisiert und innoviert (Pinkwart ist unter anderem „Innovati-

onsminister“). Für Sanierung und Modernisierung (im Verhältnis von 40 zu 60 Prozent) werde das Land bis zum Jahre 2020 8 Milliarden Euro aufwenden. Um den vorübergehend überbordenden Andrang von Studierenden zu bewältigen, solle es Doppelberufungen geben. Der rückläufige Bedarf in den östlichen Bundesländern könne dazu genutzt werden, dort das Studium zu beginnen. Die Länder bekämen Geld, um dort die Studienangebote aufrechtzuerhalten.

Der Minister ließ erkennen, daß die Politik auf die doppelten Abiturjahrgänge vorbereitet sei. Er beendete seine Rede mit einer Studienplatzgarantie für alle NRW-Aspiranten.

In der Diskussion ging es um Einzelpunkte wie die neue Stiftung für Hochschulzulassung (für die Ortsnähe ein wichtiges Kriterium sein werde), Stipendienprogramme für ausländische Studierende, die Bachelor-Master-Quotierung (Es gebe keine vorgeschriebene Quotierung. Pinkwart: „Die Hochschulen werden sich um Bachelorabsolventen reißen“) sowie um Lehrerausbildung und den Fachlehrermangel in bestimmten Fächern.

Pinkwart bekannte, daß sowohl die Prioritätensetzung als auch die Ausgangslage schwierig sei, ab 2017 sieht er eine „Entspannung an den Massenuniversitäten“ voraus.

Winfried Holzapfel

# Lehrerausbildungsgesetz NRW folgt dem Bachelor-/Master-Schematismus

Am 18. Dezember 2008 fand die erste Lesung des neuen Lehrerausbildungsgesetzes statt. Endgültig soll das neue Gesetz im Frühjahr 2009 vom Landtag verabschiedet werden.

Obwohl vor der letzten Lesung noch eine Anhörung stattfinden wird, wahrscheinlich im März, scheint es schon in seinen wesentlichen Punkten festgezurr zu sein:

Der vom Kabinett ins Parlament eingebrachte Entwurf hält an der Einpassung der Lehrerausbildung in das Bachelor-/Master-Schema fest. Alle Lehrämter sollen mit dem „Master of Education“ enden. Die Studiengänge sollen lehramtsspezifisch ausgelegt werden. Sie sollen gleich lang sein (drei Jahre bis zum „Bachelor“, weitere zwei Jahre bis zum „Master“), womit man die Gleichwertigkeit dokumentiert – mit Folgen für die Eingangsbesoldung. Die Referendanzzeit soll ein Jahr betragen, nachdem während der „Masterphase“ ein Praxissemester abzuleisten war, für das angeblich keine Studiengebühren zu zahlen sein werden.

Man hört, daß einige Teile des Gesetzes unter Evaluationsvorbehalt stehen sollen. Namentlich die Effizienz der im Vergleich zur Gegenwart um 50 Prozent gekürzten Referendarausbildung soll einer Evaluation unterzogen werden.

Wie weit Nordrhein-Westfalens künftiges Lehrerausbildungsgesetz zu den Lehrerausbildungsgesetzen der übrigen Bundesländer paßt und welche Komplikationen sich aus Abweichungen und Unterschieden ergeben, wird die Zukunft zeigen.

# **Mitgliederwerbung!**

## **Beitrittsformular auf der Rückseite**

### **Bund Freiheit der Wissenschaft e.V.**

Charlottenstraße 65, 10117 Berlin, Telefon (030) 204 547 04, Telefax (030) 204 547 06,  
bund.freiheit.wissenschaft@t-online.de, <http://www.bund-freiheit-der-wissenschaft.de>

## **Wir brauchen ein leistungsorientiertes Bildungssystem.**

Der **Bologna-Prozeß** in den Hochschulen erreicht seine Ziele nicht. Diese wissenschaftsfremde Reform hat nur zu mehr Bürokratie geführt. Professoren und Studenten lehnen sie ab. Alternativen wie Diplom- und Magisterstudiengänge oder Staatsexamen sind nicht zugelassen oder sollen auch bei Lehrern, Juristen und Medizinern abgeschafft werden. Von Freiheit in Lehre und Studium ist keine Rede. Der Bachelor-Abschluß bietet keine wissenschaftliche Berufsqualifikation. Die Mobilität der Studenten sinkt. Es gibt weiter hohe Abbrecherquoten. Die Studienorganisation ist bürokratisch und widerspricht dem Ziel einer umfassenden wissenschaftlichen Bildung.

Wir sind gegen die **Einheitsschule**. Denn nur ein gegliedertes Schulwesen wird den unterschiedlichen Begabungen der Schüler gerecht. Verschiedene Schultypen entsprechen der unterschiedlichen Leistungsfähigkeit und den unterschiedlichen Zukunftsvorstellungen der Schüler. Das gegliederte Schulwesen vermittelt Bildung, nicht nur Ausbildung. Bildung bedeutet auch Entwicklung der Persönlichkeit. Gesamtschulen haben sich nicht bewährt, auch nicht bei der Aufgabe, soziale Unterschiede auszugleichen. Leistung in der Bildung betrifft Qualität, nicht nur Quantität. Das Abitur muß die Studierfähigkeit nicht nur bescheinigen, sondern auch gewährleisten.

**Der Bund Freiheit der Wissenschaft hat seit 1970 für die Freiheit von Forschung, Lehre und Studium gestritten. Er hat sich für hohe Leistungsmaßstäbe in den Schulen und ein begabungsgerechtes Schulsystem eingesetzt. Beide Ziele sind wieder in Gefahr.**

**Wir brauchen Mitstreiter. Unterstützen Sie unsere Ziele und unsere Arbeit durch Ihre Mitgliedschaft!**

**Wir heißen Sie im Bund Freiheit der Wissenschaft herzlich willkommen.**

*Dr. Hans Joachim Geisler*

*Dr. Winfried Holzapfel*

*Professor Dr. Kurt Reinschke*

*Vorsitzende*

# Beitrittserklärung

An den Bund Freiheit der Wissenschaft  
Bundesgeschäftsstelle  
Charlottenstr. 65  
10117 Berlin-Mitte  
Fax 030-20 45 47 06

Name, Vorname, Titel: \_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

Straße, Hausnummer, PLZ, Ort: \_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

Wenn gewünscht, zusätzliche Angabe: \_\_\_\_\_

Telefon, Fax, E-Mail: \_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

## **Ich möchte dem Bund Freiheit der Wissenschaft e.V. beitreten als**

- Einzelmitglied zum Jahresbeitrag von 100,-
- Mitglied aus den neuen Bundesländern zum Jahresbeitrag von 75,-
- Berufsanfänger zum Jahresbeitrag von 50,-
- Schüler/Student zum Jahresbeitrag von 15,-
- Fördermitglied zum Jahresbeitrag von 125,-

## **Im Mitgliedsbeitrag ist die kostenlose Zusendung der Zeitschrift „freiheit der wissenschaft“ enthalten.**

- Ich zahle meinen Beitrag auf das Konto des Bundes Freiheit der Wissenschaft** bei der Deutschen Bank AG Bonn, BLZ 380 700 24, Kontonummer 0233858.
- Ich möchte mit Einzugsermächtigung zahlen.**  
Bitte schicken Sie ein entsprechendes Formular.

## **Mitgliedsbeiträge für den Bund Freiheit der Wissenschaft sind steuerbegünstigt.**

Ich bin damit einverstanden, daß meine obenstehenden persönlichen Daten nur für die satzungsgemäßen Zwecke des Vereins elektronisch gespeichert werden.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum, Unterschrift

1968 und die Pädagogik

# Impulse oder Illusionen?

Von Michael Felten

Das 68er-Gedenkjahr neigt sich seinem Ende entgegen, Begeisterte wie Geläuterte aus Politik und Zeitgeschichte haben sich bereits zuhauf zu Wort gemeldet. Auffallend still ist es indes um die Pädagogik geblieben. 1968 – lief denn da gar nichts in Sachen Bildung und Erziehung, oder wollen wir lieber nicht daran rühren?

Dabei stellte das Ringen um die Kinderherzen gerade im deutschen Sprachraum die zweite Hauptkampflinie aller Aufbruchsbewegten dar. Schließlich galt es nicht nur, überkommene Strukturen zu beseitigen, sondern auch einen neuen Menschen zu schaffen. Denn wenn die deutsche Katastrophe das Resultat flächendeckenden Duckmäsertums gewesen war, so mußte einer verantwortbaren „Erziehung nach Auschwitz“ (Adorno) vor allem an einem gelegen sein: das Gehorsamsprinzip aus den Generationsbeziehungen zu verdammen in Familie wie Schule.

Im Rückblick läßt sich sagen: Das ist wohl einigermaßen gelungen – aber zu welchem Preis? Mütter und insbesondere Väter stehen ihrem Nachwuchs heute zwar verständnisvoller gegenüber, gebärden sich seltener autoritär. Dafür ist vielen aber auch eine wichtige Gewißheit verlorengegangen: daß sie ein für das Kind maßgebender Erwachsener sind, der das Recht und die Verpflichtung hat, aus seiner Lebenserfahrung heraus Orientierung zu geben. So ist Familienleben vielfach zur Verhandlungssache geworden – mit zwiespältigem, bisweilen bedrückendem Resultat: Heute dürfen Kinder zwar mehr denn je, aber sie sind auch unzufriedener als früher, mit sich, mit anderen, mit dem Leben. Politische Kategorien wie Freiheit oder Gleichheit lassen sich eben nur bedingt auf das Erzieherische übertragen. Denn zu frühe Selbstbestimmung ist eine Belastung für Kinder, zu viel Bedürfnisbefriedigung erzeugt Enttäuschungen, zu undeutliche Maßstäbe bewirken innere Unsicherheit.

Und was ist mit dem Bildungssektor? Gewiß, heute gehen mehr Arbeiterkinder zum Gymnasium, besuchen mehr Mädchen vom Lande die Universität.

Aber das ist mehr dem Sputnik-Schock zu verdanken als den 68ern. Die haben stattdessen Diktate verdammt, das Auswendiglernen geächtet, das Leistungsprinzip bekämpft. Dadurch indes hat kaum ein Kind aus bildungsfernen Schichten eine bessere Lehrstelle bekommen oder das Abitur geschafft.

Eine besonders bedenkliche Nebenwirkung der 68er Visionen war die Verunsicherung der Lehrer. Diese sahen sich plötzlich einem pädagogischen Spagat ausgesetzt: junge Menschen keinesfalls ans System anzupassen, sie für gesellschaftliche Teilhabe gleichwohl optimal zu qualifizieren. Die einstige Hoffnung Gruppenarbeit endete schnell im Plauderchaos, die Spaßpädagogik hinterließ die seit Pisa bekannten Wissenswüsten. Heute sind viele 68er-Lehrer freundlich, aber resigniert – oder sie lassen sich durch hohle Innovationen blenden. Der gegenwärtige Kult um selbstgesteuertes Lernen etwa, dieses Zusammenspiel sparbedachter Kultusbürokraten und umsatzfreudiger Bildungskonzerne – selbstbewußte Pädagogen würde eine solche antipädagogische Mode unweigerlich mißtrauisch stimmen.

„Die Achtundsechziger sind ein besonders tragisches Beispiel für die Logik des Mißlingens.“

Operation gelungen, Patient tot? Herbert Marcuse, einer der Stichwortgeber von '68, pflegte auf die Frage nach Details der neuen Gesellschaft zu kontern, das Negative sei vorrangig, zum Positiven käme man noch früh genug. In der Pädagogik darf man diese Strategie wohl als gescheitert betrachten. Zwar haben die Achtundsechziger die Generationsbeziehungen kräftig gelüftet, aber sie konnten den Kinderherzen zu wenig neue Leitbilder bieten – so hatte die Befreiung etwas von Verödung an sich. Auch deshalb ist unser Nachwuchs für oberflächliche Medien- und Konsumverlockungen so empfänglich geworden – den alten Erzfeind Kapital wird's freuen.

Daß eine kritische Pädagogik derart unkritische Früchte getragen hat, ist indes nicht nur bedauerlich, sondern

auch bezeichnend. Die 68er sind eben ein besonders tragisches Beispiel für die Logik des Mißlingens, dieses charakteristische Risiko, das immer dann droht, wenn Menschen allzu unbedarft auf komplexe Systeme Einfluß nehmen. Wie schnell wurde aus dem bestenfalls Gutgemeinten das ursprünglich gerade Nichtgewollte! Damals wollte man das Unterdrückende aus der Familie verbannen, heute wird landesweit über kleine Tyrannen diskutiert. Damals rüttelte man auch an schulinternen Strukturen, heute stöhnen die Lehrer über Qualitätskontrollen und Testwellen.

Erst in diesen Herbsttagen untersucht ein Buch die Frage, wie 1968 die Pädagogik bewegte. In seinem Titel klingt noch einmal die ganze Ambivalenz des damaligen Unterfangens an: „Seid realistisch, verlangt das Unmögliche!“ Woher nahmen diese 68er eigentlich ihren Furor, ihren Allmachtsanspruch, ihre Überheblichkeit?

Ist es nicht die Generation der Kriegskinder, die so rigide an allem gerüttelt hat? In Angst und Entbehrung an der Mutterbrust gelegen, dann ohne Vater aufgewachsen, in der Adoleszenz mit dem Trauma des Holocaust belastet – ließ sich diese Bürde vielleicht am ehesten durch völlige Distanzierung, durch totale Verneinung, durch eine notfalls auch autoritäre Revolte aushalten?

Mittlerweile hat sich die Pädagogik in Deutschland vom antiautoritären Reflex auf den Faschismus weitgehend befreit, haben wir die Chance eines Dritten Weges. Denn Heranwachsende brauchen Eltern und Lehrer, die unverschämt erwachsen sind; die verstehen, aber auch erwarten; die mit Respekt, aber auch Autorität ins Leben begleiten.

Erstabdruck dieses Artikels von Michael Felten im Kölner Stadt-Anzeiger vom 12. 11. 2008.

Michael Felten ist Gymnasiallehrer in Köln und pädagogischer Publizist.

Mehr zu Michael Felten im Internet unter: [www.eltern-lehrer-fragen.de](http://www.eltern-lehrer-fragen.de)

„Wie Weihnachten und Ostern zusammen!“

## Deutsch ins Grundgesetz!

Auf Antrag der CDU Saar hat der Bundesparteitag der CDU Deutschlands am 2. Dezember 2008 in Stuttgart beschlossen, daß die deutsche Sprache als Amtssprache im Grundgesetz der Bundesrepublik verankert werden soll. In den Artikel 22 des Grundgesetzes soll der Satz eingefügt werden: „Die Sprache der Bundesrepublik ist Deutsch.“

Mit ihrem Beschluß will die CDU Deutschlands ein klares Zeichen setzen, daß die deutsche Sprache Grundlage für das Zusammenleben der Menschen in Deutschland ist.

Der Beschluß soll zugleich interpretiert werden als ein Appell an alle Verantwortlichen, den Erwerb der deutschen Sprache stärker zu fördern. Denn nur wer die deutsche Sprache in ausreichendem Maße beherrsche, könne die Bildungschancen in unserem Land in vollem Umfang nutzen.

Die Verankerung der deutschen Sprache im Grundgesetz würde zugleich das Bestreben Deutschlands unterstützen, Deutsch als gleichberechtigte Amtssprache der Europäischen Union neben Englisch und Französisch zu stärken.

### Unterschiedliche Reaktionen

Während schon auf dem Parteitag Bundeskanzlerin Angela Merkel den Antrag ablehnte aufgrund der Befürchtung, es könne zu einer Inflation von Wünschen zur Aufnahme bestimmter Anliegen ins Grundgesetz kommen, hat die SPD-Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten, Gesine Schwan, Zeitungsberichten zufolge der CDU eine „aversive Politik gegen Einwanderer“ vorgeworfen.

Im Gegensatz zu dem nordrhein-westfälischen Integrationsminister Armin Laschet, der sich ablehnend zum Vorschlag verhielt („überflüssige Lyrik“), ist die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer, ganz entschieden dafür: Die deutsche Sprache sei Grundvoraussetzung für eine „gelingende Integration“.

Mit einer klaren Aussage für Deutsch ins Grundgesetz positionierte sich Bundestagspräsident Norbert Lammert: „Für das Selbstverständnis eines Landes, seine kulturelle Identität gibt es keinen wichtigeren Faktor als die Sprache“.

Lammert hatte zum Thema Leitkultur unter anderem im Frühjahr 2007 auf dem Bochumer Kongreß „Dialektik der Säkularisierung“ eine leider in der Öffentlichkeit viel zu wenig beachtete Rede gehalten, in der er sehr differenziert den Rang dieses Themas erläutert hatte. Vor allem mit der Betonung, daß ständige Kritik zu einer Leitkultur gehören müsse, hatte er ein besonders

bedenkenswertes Argument ins Spiel gebracht, wonach eben Leitkultur nicht als Dogma verkündet wird, sondern als lebendige Aufgabe zu verstehen ist, die sehr wohl hinterfragt werden kann: „Ein entscheidendes Merkmal – vielleicht das Gütesiegel unserer Kultur – ist der Zweifel“, schreibt er im Geleitwort zur Dokumentation der Kongreßreden.

Ho.

Die fdw bat den Vorsitzenden des Vereins Deutsche Sprache\*, Professor Dr. Walter Krämer, um eine Stellungnahme; denn erst kürzlich hat der Verein eine Initiative „Deutsch ins Grundgesetz“ gestartet.

*fdw: Herr Krämer, hätten Sie so schnell mit einem Aufgreifen Ihrer Initiative im politischen Raum gerechnet?*

Nein. Das war wie Weihnachten und Ostern zusammen. Und wie die zahlreichen Umfragen zu dem Thema zeigen, die von vielen Zeitungen aus diesem Anlaß angestoßen worden sind, haben wir die überwältigende Mehrheit der Bundesbürger auf unserer Seite. Die Deutschen wollen Deutsch ins Grundgesetz.

*fdw: Wie beurteilen Sie die Chancen, daß diese Ergänzung nun wirklich ins Grundgesetz aufgenommen wird?*

Schlecht. Dafür mangelt es der politischen Klasse hierzulande an Rückgrat. Leute wie Müller oder Wulff, die sich nicht scheuen, das Beiwort Deutsch auch einmal positiv in den Mund zu nehmen, sind bei uns leider in der Minderheit.

*fdw: Könnten Sie noch einmal die Gründe darlegen, die nach Ihrer und der Meinung Ihres Verbandes für die Aufnahme der deutschen Sprache ins Grundgesetz sprechen?*

Das Grundgesetz ist unter anderem auch eine Art Wunschkatalog, in dem



Professor Dr. Walter Krämer, Vorsitzender des Vereins Deutsche Sprache Foto: fdw

wir Dinge auflisten, die uns wichtig sind: Die Menschenwürde, der Schutz von Ehe und Familie, die Unverletzlichkeit der Wohnung usw., und da gehört natürlich auch die Sprache hinein, so wie das in den allermeisten Ländern dieser Erde völlig selbstverständlich ist.

\* Der Verein Deutsche Sprache wurde im Jahr 1997 gegründet, mit dem Ziel, die deutsche Sprache als eigenständige Kultur- und Wissenschaftssprache zu erhalten und vor dem Verdrängen durch das Englische zu schützen. Er beschreibt sich als eine bunte, große und schnell wachsende Bürgerinitiative mit mittlerweile über 30.000 Menschen aus nahezu allen Ländern, Kulturen, Parteien, Altersgruppen und Berufen. Allein ein Drittel davon seien Freunde der deutschen Sprache aus Asien oder Afrika.

## Aus Hochschule und Wissenschaft

Die Auszeichnung des Deutschen Hochschulverbandes (DHV) geht an Frau Professor Dr. Katja Windt

# „Hochschullehrer/-in des Jahres“

**DHV-Präsident Kempen: „Die dreifache Mutter und Maschinenbauingenieurin erfüllt eine Vorbildfunktion“**

Frau Professor Dr. Katja Windt, Inhaberin des Stiftungslehrstuhls Bernd-Rogge-Professur „Global Production Logistics“ an der Jacobs University Bremen, wird mit der diesjährigen Auszeichnung „Hochschullehrer/-in des Jahres“ geehrt. Mit ihr erhält erstmals eine Wissenschaftlerin den Preis, den die Berufsvertretung der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Deutschland\* zum dritten Mal ausgelobt hat.

Gewürdigt wird eine Persönlichkeit, die als Professorin mit drei Kindern beweist: Wissenschaftliche Karriere und Elternschaft, für viele Wissenschaftlerinnen ein wesentliches Hindernis auf dem Weg zur Professur, müssen sich nicht ausschließen. „In einer Zeit, in der Politik, Wirtschaft und Wissenschaft bestrebt sind, die Unterrepräsentanz von Frauen in der Wissenschaft zu beheben und mehr junge Frauen für MINT-Fächer zu interessieren, erfüllt Frau Kollegin Windt eine Vorbildfunktion: Sie hat sich in der Männerdomäne Ingenieurwissenschaften durchgesetzt und ermutigt andere Frauen, ein Studium der Ingenieurwissenschaften aufzunehmen und den Weg zur Professur zu beschreiten,“ erläuterte der Präsident des Deutschen Hochschulverbandes, Professor Dr. Bernhard Kempen, die Entscheidung. Frau Professor Windt habe sich in herausragender Weise um das Ansehen ihres Berufsstandes in der Öffentlichkeit verdient gemacht.

Der Preis „Hochschullehrer/-in des Jahres“, den der DHV mit Unterstützung des ZEIT-Verlags Gerd Bucerius GmbH & Co.KG vergibt, ist erstmals 2006



Frau Professor Dr. Katja Windt

überreicht worden. Der Direktor der Universitätsaugenklinik Rostock, Professor Dr. Rudolf Guthoff, wurde für seinen unermüdlichen Einsatz zur Verbesserung der medizinischen Versorgung in der Demokratischen Republik Kongo geehrt. 2007 wurde Professor Dr. Werner Franke vom Deutschen Krebsforschungszentrum in Heidelberg für sein couragiertes Auftreten und seine außerordentliche Beständigkeit im

langjährigen Kampf gegen Doping im Leistungssport ausgezeichnet.

Der mit 5.000 Euro dotierte Preis wird Frau Professor Windt am 30. März 2009 im Rahmen der Wissenschaftsgala des Deutschen Hochschulverbandes in Düsseldorf verliehen, auf der auch *academics* – das von der ZEIT und der DHV-Zeitschrift „Forschung & Lehre“ getragene Karriereportal – den Preis „Nachwuchswissenschaftler/-in des Jahres“ vergeben wird.

Preisträger ist PD Dr. Christoph Kleinschnitz vom Universitätsklinikum Würzburg. Die mit 2.000 Euro prämierte Auszeichnung erhält der Mediziner für die Gründung des weltweit ersten open access-Journals im Bereich der Schlaganfallforschung, das insbesondere Forschern in strukturell schwächeren Ländern die kostenlose Veröffentlichung und Einsichtnahme von wissenschaftlicher Literatur erleichtert.

\* Der Deutsche Hochschulverband ist die bundesweite Berufsvertretung der deutschen Universitätsprofessoren und des wissenschaftlichen Nachwuchses mit über 23.000 Mitgliedern.

Aktuelle Umfrage:

## Elternschaft benachteiligt Wissenschaftler im Beruf

Fast 50 Prozent aller Wissenschaftlerinnen mit Kind sehen sich beruflich benachteiligt. Vor allem Mütter sehen sich einer zurückhaltenderen Förderung von Vorgesetzten gegenüber.

Wissenschaftliche Karriere und Elternschaft miteinander zu vereinbaren, ist besonders für Wissenschaftlerinnen,

zunehmend aber auch für Wissenschaftler problematisch. Das geht aus einer aktuellen Umfrage hervor, die das

Kompetenzzentrum Frauen in Wissenschaft und Forschung CEWS unter 8.698 Personen durchgeführt hat und

**Darlehen supergünstig \*1) nominal 1,95% ab 2,34% effektiver Jahreszins**  
35-jährige Beratungskompetenz **Hypotheken- & Beamtendarlehensdiscounter** Vorberatung wählbar alles kostenfrei ohne 2% Bearbeitungsgebühren Info: www.ak-finanz.de

**DSB BANK** und Stuttgarter Vers. a.G. supergünstige Beamtendarlehen, z.B. B.a.L. 30 J. alt, 30.000,- € günstige 281,05 € mtl., 70.000,- € 654,22 € mtl., inkl. LV, Lfz. 14 J., \*5,99% effektiver Jahreszins. Lfz. 12 J., ab \*5,75% effektiver Jahreszins auch an Angestellte ab 5 Jahre i.ö.D. \*1) Extradarlehen nominal 1,95% ab 2,34% eff. Jahreszins ab Zuteilung Bausparvertrag. Supergünstige Hypotheken ohne Eigenkapital, hohes Sondertilgungsrecht. Beleihung bis 120%.

**www.ak-finanz.de** AK-Finanz Kapitalvermittlungs-GmbH, Bismarckstr. 85, 67059 Ludwigshafen **Tel. 0800/1000 500**  
Telefax: (06 21) 51 94 88, E-Mail: beamtendarlehen@ak-finanz.de Gebührenfrei

über die die Zeitschrift „Forschung & Lehre“ in ihrem November-Heft exklusiv berichtet.

Fast jede zweite Wissenschaftlerin und fast jeder vierte Wissenschaftler erlebten demnach seit der Geburt ihres ersten Kindes konkrete berufliche Nachteile. Von einer zurückhaltenderen Förderung durch Vorgesetzte und einer Abwertung ihrer wissenschaftlichen Leistung sahen sich vor allem Mütter betroffen. 41 Pro-

zent der befragten Wissenschaftlerinnen mit Kind und 15 Prozent der Wissenschaftler mit Kind fühlten sich aus beruflichen Netzwerken ausgeschlossen. 83 Prozent der Mütter und 60 Prozent der Väter sahen sich ferner durch ihre Elternschaft in ihrer Publikationstätigkeit eingeschränkt.

Zwei Drittel aller Wissenschaftlerinnen und immerhin knapp die Hälfte der männlichen Wissenschaftler gaben zu-

dem an, Kinderlosigkeit oder den Aufschub des Kinderwunsches zugunsten der wissenschaftlichen Karriere in Kauf genommen zu haben.

Bei den Professorinnen fiel das Ergebnis noch deutlicher aus: Laut Umfrage haben 88 Prozent von ihnen zumindest zeitweise auf die Realisierung ihres Kinderwunsches verzichtet.

Quelle: „Forschung & Lehre“, November 2008

Was wissen wir? Was „dürfen“ wir wissen?

## Ist die Freiheit der Geschichte als Wissenschaft in Gefahr?

Im Oktober 2008 tagten europäische Historiker im französischen Blois auf Einladung des dortigen Bürgermeisters Jack Lang. Der Sozialist war früher französischer Kultur- und Unterrichtsminister. Am Ende der Konferenz verfaßten die Teilnehmer einen „Appell von Blois“, in dem sie sich gegen Einschränkungen ihrer wissenschaftlichen Arbeit wehren.

„Freiheit für die Geschichte“ fordert der Historiker Pierre Nora, der schon seit Jahren wahrnimmt, daß sowohl durch Gesetze als auch Klagen, zum Beispiel gegen Bücher, die Arbeit seiner Zunft eingeschränkt wird. Oft sind es Minderheitenverbände, die aktiv werden. Manchmal ist es aber auch der Staat, der etwa wie in Frankreich ein „Armenien-Gesetz“ oder eines, das Sklaverei als Verbrechen gegen die

Menschlichkeit deklariert, erlassen hat. Unterdessen wurde sogar ein Schulcurriculum erlassen, wonach „die positive Rolle, die Frankreich in Übersee spielte“, vermittelt werden soll. Nora spricht von Zensur und „retrospektiver Moralisierung“.

Zu den Unterzeichnern gehört auch der britische Historiker Timothy Garton Ash, der in einem Beitrag im „Guar-

dian“ vom 16. Oktober an die Regierungen aller Länder appelliert, den Historikern die freie Debatte zu lassen und nicht zur „Erinnerungspolizei“ zu werden. Besonders die deutsche Justizministerin Brigitte Zypries, die einen europaweiten Gesetzesvorstoß gegen die „Trivialisierung“ von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit mit bis zu drei Jahren Gefängnis ahnden will, findet seine harte Kritik.

### **Erklärung von Blois**

*„Die Geschichte darf kein Sklave der Aktualität sein noch unter dem Diktat konkurrierender Erinnerung geschrieben werden. In einem freien Staat steht es keiner politischen Autorität zu, die historische Wahrheit zu definieren und die Freiheit der Historiker unter der Androhung von Strafen einzuschränken.*

*Wir rufen alle Historiker auf, ihre Kräfte in ihren jeweiligen Ländern zu sammeln und unseren Strukturen vergleichbar aufzubauen. Jeder soll unverzüglich diesen Appell unterzeichnen, um die Pläne für Gesetze zum historischen Erinnern aufzuhalten.*

*Die verantwortlichen Politiker – die für den Erhalt der kollektiven Erinnerung eintreten – rufen wir dazu auf, sich bewußt zu machen, nicht durch das Gesetz und für die Vergangenheit staatliche Wahrheiten aufzustellen, deren juristische Anwendung schwerwiegende Folgen für die Historiker und die intellektuelle Freiheit im Allgemeinen haben.*

*In einer Demokratie ist die Freiheit der Geschichte die Freiheit aller.“*

Quelle: welt-online, 20. Oktober 2008



## Horst Sanmann \* 15. 12. 1927 + 27. 8. 2008

Horst Sanmann war 1969 Mitbegründer der Notgemeinschaft für eine freie Universität in Berlin und leitete 1970 in souveräner Weise die Gründungsver-sammlung des Bundes Freiheit der Wis-senschaft. Er blieb dem Bund verbun-den, auch nachdem er zunächst an die Universität Hamburg und dann an die Universität der Bundeswehr in Ham-burg gegangen war. Von 1977 bis 1984 amtierte er als deren Präsident. Auch dort setzte er sich für die Freiheit von Forschung und Lehre ein und geriet in Konflikt mit dem Bundesverteidigungs-minister Wörner (CDU), nachdem er Helmut Schmidt zur Feier des zehnjäh-rigen Bestehens als Festredner eingela-den hatte.

Sanmann stammte aus dem Arbeiter-milieu Hamburg-Altonas. Sein Vater war Kutscher und später Lastwagen- und Taxifahrer, seine Mutter Fabrikarbeiterin. Auch die meisten seiner Verwand-ten und die Freunde der Eltern waren Arbeiter. Das ist nicht unwichtig festzuhalten, denn ein großer Teil der sich als Marxisten ausgebenden Berliner Stu-denten, mit denen er lebhaft diskutierte, kamen aus dem Bildungsbürgertum und kannten die reale Welt der Arbeiter-schaft offenbar kaum.

Im Alter von 17 Jahren wurde er als Sol-dat bei Berlin schwer verwundet und ver-lor ein Bein. Seitdem hat er wohl nie ohne Schmerzen gelebt. 1947 holte er das Abitur nach und studierte danach Volks-wirtschaftslehre an der Universität Ham-burg. Nach dem Diplom bewarb er sich zunächst bei einer Bank, die ihn jedoch wissen ließ, daß er als Schwerbeschädig-ter praktisch unkündbar sei und daher nicht in Frage käme. Er fand seine erste Arbeitsstelle bei einem Kleiderhändler; dann bot ihm jedoch sein Lehrer von Mühlenfels eine Assistentenstelle an dem Verkehrswissenschaftlichen Institut der Universität an, wo er 1955 mit einer Arbeit über „Die Verkehrsstruktur der nordwesteuropäischen Seehäfen“ promo-viert wurde. Prägend für ihn aber wurden die drei Jahre als Rektoratsassistent der Universität Hamburg, eine Verwaltungs-position, in die ihn der Rektor Karl Schil-ler holte, der offenbar die besonderen Fähigkeiten Sanmanns als Organisator erkannt hatte. Hier lernte er „den Muff von tausend Jahren“, mit dem Hamburger Studenten den ersten Protest gegen die deutsche Universität in der Öffentlichkeit

begründeten, kennen. Das sollte ihm in seinen späteren Positionen sehr helfen.

1964 habilitierte sich Sanmann nach einem zweijährigen Stipendium der DFG mit einer Studie über „Seever-kehrsmärkte – Grundlegung einer Öko-nomie des Seeverkehrs“, vertrat 1966 einen Lehrstuhl in Frankfurt a. M. und nahm im gleichen Jahr einen Ruf auf den Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre und Sozialpolitik an der FU Berlin an. Schon ein Jahr später wurde er Dekan und mit den beginnenden Studentenun-ruhen konfrontiert, in denen er konse-quent handelte: Diskussionen ja, Störung des Unterrichts und der Univer-sitätsordnung nein. Ich werde nie ver-gessen, wie er eines Tages in der Halle des Fakultätsgebäudes mit seinem künstlichen Bein auf einen Tisch klet-terte und stundenlang mit radikalen Stu-denten diskutierte, während andere neu-gierig, wieder andere kopfschüttelnd stehen blieben.

Sein Einsatz für einen bei manchen Studenten mißliebigen Kollegen und für die Lehrfreiheit generell brachte auch ihn in Mißkredit. Ein Semester später, als ich Dekan war, wurden seine Vor-lesungen gezielt gestört. Ich holte mir die Zustimmung des Innensensors (SPD), seine Vorlesung schützen zu lassen mit der Drohung, andernfalls den gesamten Lehrbetrieb der Fakultät einzustellen. Ein Semester lang stand ein Polizeibus mit einem Dutzend Beamten vor der Fakultät, wenn Sanmann las; der Fakul-tätsassistent und ich hielten abwech-selnd – mit einer Trillerpfeife ausge-rüstet – Wache vor der Tür zum Vor-lesungssaal, dem größten der Fakultät, in dem Sanmann vor einem großen stu-dentischen Publikum seine Vorlesung hielt. Es passierte nichts, aber am Ende des Semesters gestand mir Sanmann, daß er das ein zweites Semester kaum durchstehen werde; immer wenn die Tür zum Hörsaal aufging, weil ein Student zu spät kam, habe er das Gefühl gehabt: Jetzt geht es los.

Solche Erlebnisse und die ständigen Sitzungen, nicht nur der Fakultät, sondern auch des akademischen Senats haben ihn wohl mit bewogen, 1970 nach Hamburg zurückzukehren, nachdem er zuvor noch im Auftrag des Berliner Senats zusammen mit Ludwig v. Friede-burg, Rolf Krengel und Christian Ludz – also politisch höchst unterschied-

lichen Charakteren – eine Studie „Zur Lage und Entwicklung Westberlins – Politik, Wirtschaft, Bildung“ vorgelegt hatte. Später hat er in einem Interview gemeint: „Wenn ich jetzt zurückdenke, dann war ich in meinem ganzen Leben, selbst als Soldat im Krieg, nicht so oft und nicht so lange Zeiträume hindurch so übermüdet und physisch überan-strengt wie in meinen Berliner Jahren.“

Während die Hamburger Studenten 1966 den Berliner Studentenvertretern Sanmann noch als hervorragenden Leh-rer der Nationalökonomie und der Wirt-schaftspolitik empfohlen hatten, was bei der Berufung in der Fakultät positiv vermerkt wurde, denunzierten ihn nun Berliner Studenten bei ihren Hamburger Kollegen als gefährlichen Reaktionär, so daß er auch dort keine Ruhe fand. Die Aufbauarbeit an der Hochschule der Bundeswehr forderte ihn in anderer Weise; er mußte die Verteidigungs-behörden und das Offizierskorps einer-seits, die Universitäten andererseits überzeugen, daß es Sinn mache, Offi-ziere streng wissenschaftlich auszubil-den. In einem Interview zu seinem 65. Geburtstag sagte er: „Also mußte es darauf ankommen, Informationen über uns zu verbreiten, Kontakte zu knüpfen, Verbindungen zu vertiefen, kurz: Vor-behalte aufzulösen und Mißtrauen in Vertrauen zu verwandeln, und das geht nur durch Reden und Vortragen, Er-läutern und Erklären, Gespräch und Debatte, nicht zuletzt auch durch bloßes Dabeisein, Flaggezeigen, insgesamt also durch den unmittelbaren Einsatz der eigenen Person.“

Dies war offenbar seine Stärke, in politi-scher wie wissenschaftlicher Diskussi-on. Man kann nur seinen Kollegen Iwer-sen und Tuchfeldt zustimmen, die im Vorwort zur Festschrift aus Anlaß des 65. Geburtstages Sanmanns 1992 schrie-ben: „Klarheit und Prägnanz seiner Aus-drucksweise sowie die Ausgewogenheit seiner sozialpolitischen Auffassungen“ kennzeichneten seine Beiträge zu einem Kompendium der Volkswirtschaftslehre, das in den siebziger Jahren in mehreren Auflagen erschien. Sie kennzeichnen auch den Menschen und den Universi-tätspolitiker Sanmann.

Horst Sanmann ist im Sommer 2008 nur wenige Monate nach dem Tod seiner langjährigen Ehefrau im 81. Lebensjahr verstorben. *Wolfram Fischer*

**Hans-Peter Gerstner/  
Martin Wetz:  
Einführung in die  
Theorie von Schule.  
WBG Darmstadt, 2008, ISBN  
978-3-534-17525-3; 14,90 Euro**

Das vorliegende Buch ist eine reizvolle und abwechslungsreiche Einführung in die „Theorie von Schule“. Indem es anhand der historischen Entwicklung fortschreitet, ergibt sich eine Dynamik in der systematischen Befragung des Systems Schule, die immer wieder neue Zugänge eröffnet. Es wird deutlich, wie pädagogische und politische Einstellungen zu Bildung und Erziehung zu Gestaltungsfaktoren des Systems werden, wie sich im Laufe der Zeit unterschiedliche gesellschaftliche Bedürfnisse auf die Einrichtung auswirken und schließlich die geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Annahmen durch empirische Untersuchungen ergänzt werden. Alles, was in unseren Tagen die Diskussion um Schule an- und umtreibt, hat, wie mit diesem Buch gut nachzuvollziehen ist, eine Vielzahl historischer Quellen, die ausnahmslos alle noch wirksam sind. Daß diese ganz unterschiedlicher Natur und nicht widerspruchsfrei sind, läßt erkennen, warum wohl niemals so ganz die Unruhe aus dieser Debatte zu nehmen sein wird.

## Mit unparteiischem Blick

Die Verfasser geben dem Leser den Rat, sich in Distanz zum Gegenstand (Schule) zu setzen, zu einer Betrachtung sine ira et studio. Damit soll ein unparteiischer Blick auf diese bekanntermaßen Emotionen hervorrufende Einrichtung möglich werden. Diese Distanz schaffen sie selbst in dieser Darstellung durch die Beschränkung auf das Wesentliche der vorgestellten Auffassungen und eine dozentenhafte Anweisung zur Reflexion des Gelesenen im Anschluß an jedes Kapitel. Als sehr gut kann man auch die Vorstellung der benutzten Literatur empfinden, deren Bedeutung für die jeweilige Richtung wohl unstrittig ist. Sie kann den Anfänger zu einer umfassenden Aufarbeitung des einen oder anderen Theorieansatzes

veranlassen. An dieser Stelle scheuen die Verfasser auch vor Wertungen nicht zurück. So bietet das Buch demjenigen, der einzelne Aspekte oder Theorieansätze vertiefen möchte, einen guten Leitfaden, insofern die Verfasser sich nicht auf eine bloße Angabe beschränken, sondern auch – in gebotener Kürze – den jeweiligen Lektürevorschlag begründen.

Gegen Ende versuchen die Verfasser sozusagen eine reflexive Wende, indem sie Fragen zum Überlegen in der heutigen Situation vorgeben. Zum Einstieg in die Gegenwartsanalyse bedienen sich die Verfasser des bekannten Systemtheoretikers Niklas Luhmann. Das hilft hervorragend, Schule als Selektionseinrichtung verständlich zu machen. Obwohl die Verfasser mehrfach die soziale Abhängigkeit des Sozialisationserfolgs von der Herkunft unterstreichen (und beklagen), so versagen sie sich dennoch die Formulierung von Patentrezepten und äußern sich kritisch zu gängigen Heilungsstrategien, wobei sie insbesondere auf die Schwächen verbreiteter Vorschläge wie Disziplinierung, Ökonomisierung und Internationalisierung hinweisen. Alle diese Rationalisierungstendenzen trügen nicht dazu bei, „das Schulwesen vernünftiger zu machen“.

Namentlich auch die schlichten „Übernahmen aus fremdem Kontext“ (z.B. Finnland) werden abgewiesen: „Wir müssen uns schon selbst überlegen, welche Schule wir in Zukunft wollen“.

Als *Einführung* in die Theorie der Schule erreicht das Buch seine Ziele. Die Lektüre kann als Wegweiser empfohlen werden. Der neugierige und in der Sache ernsthaft interessierte Student sollte sich damit aber nicht begnügen, sondern sich auf jeden Fall auch durch das eine oder andere Werk der großen Pädagogen arbeiten, um sich eine eigene Theorie von Schule zu bilden, die ihm – falls er Lehrer wird – Handlungsorientierung bietet. Anregungen erhält er durch das Buch in Fülle, und zu eigener Urteilsbildung regt es auch an.

Winfried Holzapfel

## „Keine neuen Großversuche mit Schutzbefohlenen!“



Ulrich Sprenger, der bekannte Kritiker von Einheitsschulen, hat im November 2008 unter dem programmatischen Titel: „Keine neuen Großversuche mit Schutzbefohlenen!“ eine Zusammenfassung seiner Studien und Recherchen veröffentlicht.

Sprenger weist nach, daß alle wichtigen Erkenntnisse der deutschen Bildungsforschung zu den Nachteilen sechsjähriger Grundschulen und generell zu den Nachteilen einer erst mit dem 7. Jahrgang einsetzenden Differenzierung schon längst in der Fachliteratur vorliegen und daß diese Erkenntnisse mit den Daten des Ländervergleichs PISA-E-2006 bestätigt, aktualisiert und breitenwirksam bekannt gemacht werden könnten. Die Dokumentation ist eine Fundgrube für orientierende Auskünfte.

Inhaltsüberblick und Bestellformular im Internet: [www.schulformdebatte.de](http://www.schulformdebatte.de), unter „Aktuelle Diskussion“.

Auch zu bestellen über: Winkelmann Buchhandels GmbH, Tel.: 02361-91970, 48 Seiten, Preis 5,80 €

**Eine Überweisung an den Bund Freiheit der Wissenschaft,  
Deutsche Bank AG Bonn (BLZ 380 700 24), Kto. 0 233 858,  
gibt unserer Arbeit Auftrieb. Vielen Dank für Ihre Spende!**

**ALFONS GRÜBENER  
(Pseud.): Wege nach  
PISA. Berichte aus  
dem Inneren eines  
Gymnasiums.**

Jena: Thuß & van Riesen, 2008;  
171 S., ISBN 978-3-940431-03-5,  
14,90 Euro.

Die „Berichte aus dem Inneren eines Gymnasiums“, die kürzlich unter dem Pseudonym *Alfons Grübener* erschienen sind, gehören vom literaturtheoretischen Standpunkt in die Klasse der Schulsatiren. Satiren (oder „Spottschriften“) über die Schule, den Unterricht und vor allem über die Lehrkräfte hat es beinahe zu allen Zeiten gegeben. In Deutschland sind sie im 18. Jahrhundert in größerem Umfang aufgekommen. Ihre modernen Nachfolger werden auch heute noch gern gelesen. So hat *Friedrich Mahlmanns* spöttische Beschreibung von „Pestalozzis Erben“ und ihrem Treiben an einem erfundenen Gymnasium (1997) innerhalb eines guten Jahrzehnts 19 Auflagen erlebt.

*Grübeners* Buch gehört zu den ersten, die die lange Ahnenreihe der satirischen Schulkritik unter den veränderten Bedingungen „nach PISA“ fortsetzen. Die Wendung „Wege nach PISA“ im Titel spielt nicht nur auf die internationalen Schulleistungsvergleiche und die Bestürzung an, die das schwache Abschneiden der deutschen Schülerschaft ausgelöst hat. Sie ist in erster Linie aufzufassen als abkürzende Bezeichnung für die Gesamtheit der Reformen, die durch den „PISA-Schock“ erst möglich geworden sind, und für ihre Ziele: also für den Übergang zur eigenverantwortlichen Schule, für die Umstellung von der Input- zur Outputsteuerung und für die Bemühungen zur Förderung des „kompetenzorientierten“ Unterrichts. Dieses gewaltige Unterfangen bietet schon für sich genug Stoff für den Satiriker. Man denke nur an die mitunter recht großspurigen Ankündigungen seiner Befürworter und ihre naiven Erfolgserwartungen, die zusätzliche (und im Regelfall einfach an die Schulen weitergegebene) Arbeitslast und die Nebenwirkungen des reformerischen Aktivismus, der möglicherweise von Fall zu Fall mehr Schaden als Nutzen mit sich bringt. Bei *Grübener* treten dann noch die gängigen Hauptthemen der zeitgenössischen Kritik an den

Lehrkräften, der Schule und der Schulverwaltung hinzu: zum Beispiel das nervtötende Betroffenheitsgehebe der in die Jahre gekommenen 68er, die Zeitverschwendung und der Leerlauf in dem bunten Sammelsurium der zahllosen Projekte innerhalb und außerhalb des Unterrichts und die Wirklichkeitsferne und die Selbstgefälligkeit der vorgesetzten Behörden.

**Satirisches aus „Possenhagen“**

Bei der Form und dem Aufbau seiner Darstellung folgt *Grübener* einem Muster, das in der satirischen Literatur häufig verwendet wird. An einem Gymnasium in einer nordrhein-westfälischen Kleinstadt (mit dem sprechenden Namen „Possenhagen“) treffen Lehrkräfte aufeinander, die in ihren Äußerungen wie in ihrem Handeln die unterschiedlichen Grundüberzeugungen in der Lehrerschaft verkörpern. Sie lassen sich in zwei Haupttypen einteilen: Auf der einen Seite steht die (große) Gruppe der „Progressiven“, die sich an pädagogischen Wunschträumen berauschen und im Unterricht jeden Themen- und Methoden-Firlefanz mitmachen. Auf der anderen Seite gibt es noch einige wenige Lehrer mit realistischen Auffassungen vom Unterricht und von den unumgänglichen Anstrengungen, mit denen sich die Schülerinnen und Schüler ihre „Bildung“, ihr Wissen und Können erarbeiten müssen.

Anders als bei den üblichen „Schulzählungen“ gibt es bei *Grübener* keine durchgehende Handlung. Stattdessen werden – meistens in Dialogform – bezeichnende Begebenheiten aus dem Schulalltag geschildert und mit spöttischen Bemerkungen über die pädagogischen und didaktischen Modetorheiten von anno 68 bis zum PISA-Zeitalter kommentiert. Die Episoden und Kommentare sind nach Themengebieten in Kapitel geordnet (zum Beispiel „Unterricht“, „Konferenzen“, „Richtlinien“, „Pädagogische Tagungen“, „Beförderungen“ usw.). Zusammengenommen ergeben sie einen vergnüglichen Rundumblick über die vielen Felder der schulpolitischen Reformsucht und ihre Auswüchse: von der pädagogischen Phrasendrescherei bei dienstlichen Anlässen (S. 145–146) und dem geschraubten Fachchinesisch in den amtlichen Richtlinien (S. 164) über den kindlichen Wunderglauben an das „E-Learning“ (S. 94), die Ganztagschule

(S. 81) und andere aktuelle Reformideen bis hin zu dem Rummel um die „Methodenvielfalt“, die mehr und mehr als Selbstzweck betrachtet wird und nicht als Mittel zur Erreichung der Ziele des Unterrichts (S. 79). Das alles ist so gut getroffen, daß wahrscheinlich die meisten Leser an mehr als nur an einer Stelle an eigene Erfahrungen erinnert werden.

Satiriker sind im Regelfall nicht nur Kulturkritiker, sondern im Grunde ihres Herzens Moralisten. Sie leiden unter den unerfreulichen Gegebenheiten und möchten einen Beitrag zu ihrer Verbesserung leisten. *Grübener* sieht das Kernübel in der Vernachlässigung des „klassischen Bildungsguts“ in der Schule, mit den entsprechenden Folgen für die geistigen und moralischen Fähigkeiten der Schülerschaft. Der intellektuelle und moralische Niedergang der jungen Generation ist vom Altertum bis in die Gegenwart eine durchaus gebräuchliche Feststellung in der satirischen Literatur. Vom gewohnten Muster weicht lediglich ab, wer dafür verantwortlich ist: Nach *Grübeners* Ansicht sind das die „durchgeknallten“ Bildungsbürokraten und -lobbyisten“ in den Kultusministerien und Stiftungen und andere „schulferne Ideologen“, die ihre „immer neuen ‚Reform‘-Ideen“ ohne Rücksicht auf Verluste durchzusetzen versuchen (die vorangehenden Zitate stammen von der zweiten Umschlagseite).

Keine Frage: Von einem Satiriker sollte man keine nüchternen, abgewogenen Untersuchungen *sine ira et studio* verlangen. Andererseits leidet die Satire, wenn sie allzu holzschnittartig aufgebaut ist und die Lage schwarz-weiß gezeichnet wird. Weder war früher – in der Zeit des „klassischen Bildungsguts“ – alles eitel Sonnenschein noch sind die heutigen Reformvorschläge allein aus Besserwissererei und Karrieresucht emporgewachsen. Die Dinge sind hier wie anderswo doch verwickelter, als sie der Satiriker vereinfacht und übertrieben darzustellen die Freiheit hat.

Siegfried Uhl

**Mehr über uns,  
mehr von uns:**

<http://www.bund-freiheit-der-wissenschaft.de>

## Hans Maier: Kultur und politische Bildung. Mit einem Nachwort von Harald Weinrich

(Gesammelte Schriften, Band III), München: C.H. Beck 2008, 470 Seiten, 39,90 Euro, ISBN 978-3-406-57156-5

Hans Maier hat das äußerst facettenreiche Phänomen „Kultur“ aus verschiedenen Perspektiven kennen gelernt. Von Kindesbeinen an ist er als praktischer Kulturschaffender, vor allem als Orgelspieler, tätig. Der Interessierte kann einige Kostproben seiner Begabung auf CD bewundern. Anstatt Berufsmusiker wurde er schließlich Universitätsprofessor und war in dieser Position früh mit Bildungsangelegenheiten beschäftigt. 1970 ernannte der damalige bayerische Ministerpräsident Alfons Goppel den knapp Vierzigjährigen zum Kultusminister. 16 Jahre konnte er in hochschulpolitisch bewegten Zeiten diesem Bundesland seinen Stempel aufdrücken. Maier veröffentlichte trotz seiner zahlreichen Aufgaben als Landespolitiker eine Vielzahl von Abhandlungen zur Kulturthematik. So legte er bereits 1978 eine umfangreiche Sammlung von Reden und Schriften („Anstöße“) vor. Nach dem Ausscheiden aus diesem Amt erhielt der Gelehrte 1988 den renommierten Romano-Guardini-Lehrstuhl an der Ludwig-Maximilians-Universität München, der auch für „christliche Kulturtheorie“ zuständig war. Er hat diese Bezeichnung als Auftrag begriffen, das Verhältnis von Kirche und Kultur in extenso zu erörtern. Erst jüngst erschienen seine Berliner Guardini-Lectures mit dem Titel „Die Kirchen und Künste“.

### Leidenschaft für Kulturelles

Angesichts einer derartigen Leidenschaft für Kulturelles aller Art ist es überaus plausibel, wenn im dritten Band von Maiers gesammelten Schriften, die im Münchner C.H. Beck-Verlag publiziert werden, aus der großen Zahl von einschlägigen Studien einige ausgewählt und von Neuem ediert werden. Die abgedruckten Beiträge sind in sechs Rubriken eingeteilt: Kulturpolitik (I); Erziehung – Bildung – Beruf (II); Hochschulen – Wissenschaft – Forschung (III); Künste und Künstler (IV); Dichter, Übersetzer, Philologen (V);

Sprache und Kultur in der globalisierten Welt (VI). Die früheste Stellungnahme stammt aus dem Jahre 1964, die jüngste wurde 2008 verfaßt.

Die Texte aus den Bereichen „Erziehung – Bildung – Beruf“ und „Hochschulen – Wissenschaft – Forschung“ wurden mehrheitlich zuerst in den 1960er- und 1970er-Jahren veröffentlicht. Bei einer Relecture im Jahre 2008 zeigen sich Gemeinsamkeiten und Unterschiede zur heutigen, ähnlich lebendigen Kontroverse. Was seit einigen Jahren der „PISA-Schock“ ist, waren seinerzeit elektrisierende Schlagwörter wie „Bildungskatastrophe“ (Georg Picht) und „Bildung ist Bürgerrecht“ (Ralf Dahrendorf). Maier hat sich bereits frühzeitig gegen falsche Weichenstellungen gewandt. Die Entwicklung seither hat ihm Recht gegeben. Theoretiker wie Picht und Dahrendorf förderten mit ihren ebenso publizitätsträchtigen wie einseitigen Zwischenrufen einen Trend, der die Bildungspolitik zum Vehikel gesamtgesellschaftlicher Emanzipationsbestrebungen machte. Die allgemeine soziale Gleichheit mutierte zum obersten Reformziel. Welche Resultate brachte diese Intention mit sich? Im Mangel waren in der Tat alle Studenten gleich. Es fehlte durch die enorme Zunahme der Immatrikulierten fast alles: ausreichende Räume, Lehrpersonal, Studienmittel wie Bücher, später Computer, adäquate Bibliotheksöffnungszeiten etc. Neben diesen vielen problematischen Konsequenzen erkannte Maier früh die Schwierigkeiten, die sich aus der Abkopplung des Studiums vom Arbeitsmarkt ergeben mußten. Man konnte sie schon in den 1970er-Jahren mit Händen greifen. Eltern, die oftmals keine ausreichenden Bildungsgelegenheiten in ihrer Jugend hatten, wunderten sich über die geringen beruflichen Chancen ihrer studierten Söhne und Töchter, die sich in nicht wenigen Fällen – zumindest für eine gewisse Zeit – durch Taxifahren und vergleichbare Jobs über Wasser halten mußten. Auch andere Konsequenzen sah der Verfasser klug voraus, etwa die Folgen des überall vernehmbaren Zieles, das Leistungsniveau in Schulen und Universitäten abzusenken. Darüber hinaus ist die Ausweitung der staatlichen Stellenpläne in den 1970er-Jahren kritisch zu betrachten – nicht zuletzt deshalb, weil sie die Karrieremöglichkeiten derjenigen Jahrgänge, die jünger als die 68er waren, beispielsweise die so

genannten 78er, nachhaltig einschränken mußte. Zudem wird der Steuerzahler zukünftig noch mehr Pensionslasten schultern müssen als das gegenwärtig ohnehin schon der Fall ist.

### Wirkungsgeschichte

Die Bedeutung und Wirkungsgeschichte der Beiträge ist naturgemäß verschieden. Programmatische Bedeutung kommt dem Aufsatz „Kunst und Zeit“ (1974) zu. Er wurde ursprünglich auf dem Kongreß „Tendenzwende“, an der Münchner „Akademie der schönen Künste“, vorgetragen. Der Titel dieser Veranstaltung steht mittlerweile für den Umbruch Mitte der 1970er-Jahre. Das Ende der Reformeuphorie war absehbar, die zunehmend ins Bewußtsein breiterer Bevölkerungsschichten eingegangene Knappheit der Ressourcen schärfte den Blick dafür, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen. An diesem Aufsatz ist aus heutiger Sicht besonders eines bemerkenswert: Er beobachtet in einem Jahrzehnt omnipräsenter progressiver Trends und Allüren auf allen kulturellen Sektoren hellsichtig eine gleichzeitig stattfindende, deutliche Rückkehr zum Historistischen, Kanonischen und Klassischen in manchem Bereich von Kunst, Architektur und Literatur. Die modernistischen Entwicklungen erschöpften sich immer mehr, der Übergang zum weiten Feld „Postmoderne“ zeichnete sich in Umrissen ab. Dazu gehört auch die wachsende Bedeutung des Denkmalschutzes, mit der sich Maier in einem Vortrag beschäftigt.

Als ein weiterer wegweisender Beitrag darf die Ende 1970 anlässlich der Gründung des Bundes Freiheit der Wissenschaft in Bad Godesberg gehaltene Rede

### Lektürehinweis:

**Bernd Rüthers, Verräter, Zufallshelden oder Gewissen der Nation? Facetten des Widerstandes in Deutschland**, Tübingen (Mohr Siebeck) 2008; darin: S. 172 – 219: Die „Achtundsechziger“ – Aufstand gegen die Väter oder nachgeholter Widerstand der Söhne und Töchter?, 19,00 Euro, ISBN 978-3161497513

Besprechung folgt.

„Ein neuer Anfang“ gelten. Er zeigt schonungslos die Negativseiten der Unruhen auf, die seit einigen Jahren die Universitäten erschütterten: Vorlesungsstörungen, Gewalttätigkeiten, Übergriffe gegen Professoren, sogar vereinzelt antizionistische Ausfälle; die „totalitäre Infragestellung der Wissenschaftsfreiheit“ schaffte inakzeptable Zustände. Maier gehörte erfreulicherweise nicht zu den vielen Ordinarien, die vor den lautstark Protestierenden einknickten. Er wußte, daß die sicherlich nötigen Reformen der Universität ohne neomarxistisches Beiwerk vonstatten gehen mußten und konnten.

Vergegenwärtigt man sich die heutigen Debatten um Bildung sowie Schul- und Universitätsreformen, so sind unschwer die neuen Akzente wahrzunehmen. Die Diskussionen haben im Vergleich zu denen vor drei oder vier Jahrzehnten eine deutlich stärkere internationale Dimension. Sie sind in toto weniger ideologisch aufgeladen, wie pragmatisch anmutende gegenwärtige Studentendemonstrationen belegen. Verkürzen einige Staaten oder Bundesländer die Schulzeit, müssen andere nolens volens nachziehen. Überblickt man die bildungspolitische Landschaft, so ergibt sich eine nur schwer auf den Begriff zu bringende Gemengelage aus alternierender Gesellschaft, unterfinanzierten Schulen und Hochschulen sowie internationalem Wettbewerbsdruck. Obwohl ein Aufsatz des vorliegenden Bandes („Was Schulen einengt, was Schulen beflügelt“) auf neuere Kontroversen wie die um „PISA“ beiläufig eingeht, hätte man sich gerade in diesem Kontext ausführlichere Erörterungen des bildungspolitisch so fundierten Verfassers gewünscht.

### **Brillante Analysen**

Insgesamt gibt die Auswahl von kulturpolitischen Schriften einen guten Einblick in das vielfältige Wirken des immer noch brillanten Analytikers der kulturpolitischen Szene. Mancher, auch der literarisch Gebildete, wird, ganz nebenbei, auf längst vergessene Namen (wie Marieluise Fleißer oder Hans Sahl) auf dem Feld der erzählenden Dichtung stoßen. Der am Werk Maiers Interessierte darf sich auf die beiden noch ausstehenden Bände der gesammelten Schriften freuen. Auch sie werden sicherlich von der intellektuellen Weite einer unbestreitbar außergewöhnlichen Persönlichkeit des geistigen Lebens der Gegenwart zeugen. *Felix Dirsch*

### **Michael Ludwig Müller: Berlin 1968. Die andere Perspektive.**

**Berlin: Berlin Story Verlag,  
2008. 331 S.  
ISBN 978-3-929829-3.  
Euro 19,80. Im Internet:  
<http://www.berlin-1968.de/>**

Die Achtundsechziger haben es lange genug geschafft, die Hegemonie über die Deutung ihrer Revolte gegen die bürgerliche Gesellschaft zu etablieren. Trotz der fadenscheinig gewordenen Erzählungen von emanzipatorischen Großtaten hängen zahlreiche Alt-Achtundsechziger immer noch Restbeständen ihrer längst diskreditierten Ideologien an. Nicht zuletzt im Bildungsbereich erheben die Propagandisten der Einheitsschule – wie in der gegenwärtigen Berliner Landesregierung – immer wieder ihr Haupt. Auch der wohlfeile Moralismus eines neulinken Gutmenschentums, der sich darin gefällt, den politischen Gegner zu stigmatisieren statt die sachliche Auseinandersetzung zu suchen, ist ein bedauerlicher Teil des 68er-Erbes. Glücklicherweise muß es dabei aber nicht bleiben. Daher ist es unbedingt begrüßenswert, wenn die Literatur zu 68 und den Folgen immer wieder durch neue kritische Bücher ergänzt wird, damit wenigstens in den Bücherschränken und Bibliotheken dafür gesorgt ist, daß das kulturelle Gedächtnis auch den anderen Teil der Geschichte bewahrt.

Zwar gehören inzwischen einige der instruktivsten Historiker der 68er-Bewegung zu ihren Renegaten, allein „die andere Perspektive“ findet man bei diesen nicht. Eine solche bietet aber nun in seinem ansprechend aufgemachten Buch der frühere Redakteur der Berliner Morgenpost Michael Ludwig Müller, der als hochschulpolitischer Korrespondent dieser Zeitung die Turbulenzen der Jahre 1967 und 1968 hautnah miterlebte. Als Repräsentant einer Springer-Zeitung konnte er dabei in besonderer Weise mitverfolgen, wie sich die Dynamik der Studentenbewegung entfaltete, die sich nicht zuletzt in der Gegnerschaft zur Springer-Presse einig war. Müller kann jedoch zeigen, daß auch andere Medien teils scharfe Kritik an den Exzessen studentischer Demonstranten übten. Müller zeigt aber auch, wie hysterisch und überzogen manche Reaktionen der studentischen Neuen Linken und ihrer

publizistischen Sympathisanten waren, die in ihrer extrem getrübbten Wahrnehmung die Bundesrepublik Deutschland schon kurz vor einem neuen Faschismus sahen. Davon konnte jedoch keine Rede sein. Besorgniserregend war dagegen die Stimmung der Massensuggestion in den Vollversammlungen, die in dem NDR-Film „Alma Mater“ von Dieter Meichsner treffend eingefangen wurde – ein eindrucksvoller Film, der leider weithin vergessen ist und eine Publikation als DVD verdienen würde.

### **Auf der Grundlage des Selbsterlebten: Die Jahre 1967 und 1968**

Es tut dem Buch Müllers gut, daß es sich auf der Grundlage des Selbsterlebten vorwiegend mit den Berliner Ereignissen befaßt, anderes aber nicht völlig ausblendet. Das Buch schildert die Ereignisse des Schahbesuchs mit den Folgen des Todes von Benno Ohnesorg, die Geschehnisse um die sogenannte Kommune I als einem der medienträchtigsten und radikalsten Experimente der Lebensreform, das wegen seiner Überspanntheit notwendigerweise scheitern mußte. Weitere Stationen der Jahre 1967 und 1968, die Müller Revue passieren läßt, sind der Hungerstreik Fritz Teufels, das Waterloo des Heinrich Albertz und vor allem die Anti-Springer-Kampagne, zu der Müller viel aus eigener Anschauung beizutragen hat, was er mit nüchternem Tonfall tut. Ausführlich kommt auch der sogenannte Vietnamkongreß zur Sprache, der einer der Höhepunkte in der Radikalisierung des studentischen Protestes unter Führung von Demagogen wie Rudi Dutschke war. Unter dem bekannten Slogan „Die Pflicht jedes Revolutionärs ist es die Revolution zu machen“, verabschiedeten die Möchtegern-Revolutionäre eine Schlußresolution, die sich dem „gemeinsamen antiimperialistischen Kampf“ verschrieb und sich ohne weiteres auf die Seite des kommunistischen Vietcong stellte. Müller fragt sich zu recht: „Haben diejenigen, die damals in der TU die Hand hoben, um dieses Programm für den vermeintlichen ‚Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes‘ zu billigen, später überhaupt noch darüber nachgedacht, was sie taten?“ Hat „vielleicht doch so mancher der vielen Teilnehmer inzwischen eingesehen (...), daß er sich für die falsche Sache eingekauft“? Auch dürfte es nicht

schaden, sich zu vergegenwärtigen, wie sehr der akademische Ruf Berlins unter den anhaltenden Unruhen an den Universitäten litt, was nicht zuletzt in der Ablehnung von Rufen nach Berlin wie z. B. durch den Historiker Gerhard A. Ritter zum Ausdruck kam. Die Ereignisse des Jahres 1968 kulminierten schließlich in der Schlacht am Tegeler Weg, die Müller als den Anfang vom Ende betrachtet – die gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei ließ die Sympathien für die randalierenden Studenten schwinden. Der SDS aber betrachtete die Bundesrepublik damals als „faschistoiden“ Staat; in leichtfertiger Weise wurde gar von einem drohenden Bürgerkrieg gesprochen. Die Massenbasis der Revolte schwand jedoch dahin, und es begann für eine kleine, radikale Minderheit der Weg in die sektiererische Welt der K-Gruppen und in die Ideologien des Marxismus-Leninismus und Maoismus.

Die Darstellung Müllers verfolgt die spätere Entwicklung der Studentenbewegung nicht weiter. Allerdings sollte hier doch in Erinnerung gerufen werden, daß er 1970 in der Morgenpost einen Artikel über die Gründung der Notgemeinschaft für eine freie Universität publizierte (als Reprint abgedruckt in der 1986 erschienenen Broschüre *15 Jahre Notgemeinschaft 1970–1985*, S. 55–56), was für den jungen Verein in seinem Kampf für die Freiheit der Wissenschaft zweifellos eine wichtige Hilfe war.

### Spannende Darstellung

Zur nötigen Entmythologisierung der Achtundsechziger ist es oft ausreichend, sollte man meinen, bloß zu erzählen, was die Protagonisten jener Zeit in vollem Ernste als ihre politischen Ziele verkündeten. Hilfreich sind da, trotz einiger Bedenken, auch Darstellungen ehemaliger Extremisten wie

etwa Götz Alys (*Unser Kampf*, Frankfurt/M. 2008), die zwar vom linken Feuilleton heftig kritisiert wurde, aber gleichwohl von der Bundeszentrale für politische Bildung in den Vertrieb genommen wurde. Müllers Buch leistet bei der leider immer noch nötigen Entmythologisierung der 68er gute Dienste. Es ist eine spannende, gut geschriebene Darstellung aus der Feder eines routinierten Journalisten, mit dem Blick für die Proportionen, auch in den Wertungen, und für das vielsagende Detail. Das Buch ist mit zahlreichen Abbildungen (Fotos, Zeitungssseiten, Flugblätter) illustriert und wird durch eine Chronik der Jahre 1967 und 1968 abgerundet. Gerade in der Mischung aus historischer Rückschau und Selbsterlebtem bekommt das Buch immer wieder eine Lebendigkeit, die das Buch vor allem auch als Geschenk für politisch-historisch interessierte Leser der jüngeren Generation empfehlenswert macht.

Till Kinzel

## Bestellschein

An den Bund Freiheit der Wissenschaft,  
Bundesgeschäftsstelle  
Charlottenstraße 65, 10117 Berlin-Mitte

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname, Titel

\_\_\_\_\_  
Straße, Hausnummer, PLZ, Ort

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum, Unterschrift

Ich bitte um kostenlose Zusendung

- der Satzung des Bundes Freiheit der Wissenschaft e. V.  
der letzten Nummern der Zeitschrift „freiheit der wissenschaft“:  
 Dezember 2007  März 2008  Juni 2008  September 2008
- Ich bestelle zum Preis von 7,50 Euro die Broschüre  
„**Notizen zur Geschichte des Bundes Freiheit der Wissenschaft**“,  
Dezember 2001.
- Ich bestelle zum Preis von 5,00 Euro die Broschüre **Kurt Reinschke,  
Bologna-Prozeß und Bachelorisierung der deutschen Hochulen**,  
Berlin 2008.

Für Mitglieder und Spender sind die Broschüren kostenlos.

## Vereinfachte Zahlung durch Bankeinzug

An den Bund Freiheit der Wissenschaft, Bundesgeschäftsstelle Charlottenstraße 65, 10117 Berlin-Mitte

Hiermit ermächtige(n) ich/wir den Bund Freiheit der Wissenschaft e.V. widerruflich, die von mir/uns zu entrichtenden Zahlungen bei Fälligkeit zu Lasten meines/ unseres Kontos mittels Lastschrift einzuziehen. Wenn mein/unser Konto die erforderliche Deckung nicht ausweist, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung. Teileinlösungen werden im Lastschriftverfahren nicht vorgenommen.

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname, Titel

\_\_\_\_\_  
Straße, Hausnummer, PLZ, Ort

\_\_\_\_\_  
Kto.-Nr. Kreditinstitut BLZ

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum, Unterschrift

- |   |            |
|---|------------|
| <input type="checkbox"/> Jahresbeitrag Einzelmitglied                       | 100,- Euro |
| <input type="checkbox"/> Jahresbeitrag Mitglied aus den neuen Bundesländern | 75,- Euro  |
| <input type="checkbox"/> Jahresbeitrag Berufsanfänger                       | 50,- Euro  |
| <input type="checkbox"/> Jahresbeitrag Schüler/Student                      | 15,- Euro  |
| <input type="checkbox"/> Jahresbeitrag Fördermitglied                       | 125,- Euro |
| <input type="checkbox"/> Jährliche Spende                                   |            |

## **Bund Freiheit der Wissenschaft**

### **Aufgabe des Vereins, Satzung**

Der Bund Freiheit der Wissenschaft setzt sich für die Freiheit der Wissenschaft und die Leistungsfähigkeit der Hochschulen und Schulen ein.

Er wurde am 19. November 1970 in Bad Godesberg gegründet und ist eine überparteiliche Vereinigung zur Verteidigung der Freiheit der Wissenschaft, der Freiheit von Forschung, Lehre und Studium. Auf der Grundlage der freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland und im Bewußtsein der gesellschaftlichen Verantwortung der Wissenschaft setzt sich der Verein unter Ausschluß von parteipolitischen Bindungen zur Aufgabe:

1. die Freiheit von Forschung, Lehre und Studium zu wahren und zu fördern,
2. sich jeder Unterwerfung unter die Machtansprüche einzelner Gruppen oder Interessen zu widersetzen,
3. auf eine Politik zu drängen, die eine stetige Verbreiterung der Bildungschancen mit der Erhöhung der Leistungsmaßstäbe verbindet.

Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch die Durchführung wissenschaftlicher Veranstaltungen und Forschungsvorhaben, Publikationen und Informationen der Öffentlichkeit über die Situation von Hochschule, Schule und Wissenschaft (§ 2 der Satzung). Die vollständige Satzung kann mit dem in diesem Heft abgedruckten Bestellschein angefordert werden.

### **Vorstand: Vorsitzende**

Dr. Hans Joachim Geisler, Dernburgstr. 53, 14057 Berlin, Tel. (030) 3223158, Fax über BFW-Büro, E-Mail: hjgeisler@gmx.de

Oberstudiendirektor Dr. Winfried Holzapfel, An der Ölmühle 16, 47608 Geldern, Tel. (02831) 4416, Fax (02831) 992972, E-Mail: dr.winfried.holzapfel@t-online.de

Professor Dr. Kurt J. Reinschke, Wachwitzer Bergstr. 32, 01326 Dresden, Tel. (0351) 2686166, E-Mail: kurt.reinschke@tu-dresden.de, E-Mail: kurt.reinschke@t-online.de

### **Schatzmeister**

Professor Dr. Günter Püttner, Schwerdstr. 3, 67346 Speyer, Tel. (06232) 71997

### **Erweiterter Vorstand:**

Professor Dr. Wolfgang Dreybrodt, Bekassinenstr. 86, 28357 Bremen, Tel. (0421) 271879, E-Mail: dreybrodt@t-online.de

Oberstudiendirektor Josef Kraus, Fürstenstr. 59, 84032 Ergolding, Tel. (0871) 68674, Fax (0871) 630390, E-Mail: josef.kraus@landshut.org

Dr. Brigitte Pötter, Heinrich-Heine-Str. 7 b, 15831 Mahlow, Tel. (03379) 205865, Fax (03379) 206126, E-Mail: bpoetter@gmx.de

Professor Dr. Klaus-Dieter Rosenbaum, Bärenfelsallee 20, Gutshaus Rustow, 17121 Loitz, Tel./Fax (039998) 31293, E-Mail: rosen@uni-greifswald.de

Professor Dr. Winfried Schlawke, Rüdellstr. 10, 50737 Köln, Tel. (0221) 747159, Fax (0221) 7405250, E-Mail: w.schlawke@t-online.de

## **Regionalbeauftragte**

### **Baden-Württemberg:**

Professor Dr. Jürgen Kullmann, Panoramastr. 27, 72116 Mössingen, Tel. Universität Tübingen (07473) 5768, Fax (07473) 26768, E-Mail: juergen.kullmann@uni-tuebingen.de

### **Bayern:**

Oberstudiendirektor Willi Eisele, Kiefernweg 1, 82515 Wolfratshausen, Tel. (089) 74550420, Tel. (08171) 410923, E-Mail: willi.eisele@gmx.de

### **Berlin und Brandenburg:**

Oberschulrat Gerhard Schmid, Markelstraße 53, 12163 Berlin, Tel. priv. (030) 7921893, Mobil (0170) 8157865, Dienstl. (030) 90298-3622, Fax priv. (030) 79016261, E-Mail: ger-schmid@web.de

### **Bremen:**

Professor Dr. Wolfgang Dreybrodt, Bekassinenstr. 86, 28357 Bremen, Tel. (0421) 271879, E-Mail: dreybrodt@t-online.de

### **Hamburg:**

Staatsrat a. D. Dr. Reiner Schmitz, Elbchaussee 110, 22763 Hamburg, Tel. (040) 8002273, Fax (040) 87080516, E-Mail: reinerschmitzh@yahoo.de

### **Hessen:**

Privatdozent Dr. habil. Siegfried Uhl, Homburger Landstraße 225/I 408, 60435 Frankfurt am Main, Tel. (0611) 5827110, Fax (0611) 5827109, E-Mail: s.uhl@iq.hessen.de

### **Mecklenburg-Vorpommern:**

Professor Dr. Klaus-Dieter Rosenbaum, Bärenfelsallee 20, Gutshaus Rustow, 17121 Loitz

Tel./Fax (039998) 31293, E-Mail: rosen@uni-greifswald.de

### **Niedersachsen:**

Oberstudiendirektor Bernd Ostermeyer, Lageweg 4, 29342 Wienhausen, Tel./Fax (05149) 8263, Dienstl. Kaiserin-Auguste-Viktoria-Gymnasium – Europaschule – Hannoversche Straße 53, 29221 Celle, Tel. (05141) 924030, Fax (05141) 907768, E-Mail: sl@kav-celle.de

### **Nordrhein-Westfalen:**

Studiendirektor Norbert Schlöder, Pater-Delp-Str. 11, 47877 Willich, Tel. (02154) 87684, E-Mail: norbert.schloeder@t-online.de

### **Sachsen:**

Professor Dr. Sigismund Kobe, Leonhard-Frank-Str. 6, 01069 Dresden, Tel. (0351) 4714311, E-mail: kobe@theory.phy.tu-dresden.de

### **Thüringen:**

Professor Dr. Gerd Wechsung, Rosenweg 3, 07751 Cospeda, Tel. (03641) 447673

### **Sektion Berlin-Brandenburg:**

Vorsitzender: Dr. habil. Till Kinzel, Dortmunder Str. 15, 10555 Berlin, Tel. (030) 3925500, E-Mail: till.kinzel@gmx.de

### **Abonnement der Zeitschrift fdw**

Jahresabonnement für Nichtmitglieder: 12,- Euro inkl. Porto und Versandkosten. Für Mitglieder des Bundes Freiheit der Wissenschaft ist der Verkaufspreis durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Auch Spender erhalten die Zeitschrift kostenlos. Bitte verwenden Sie für ein Abonnement einfach den beigefügten Abschnitt.

schrift kostenlos. Bitte verwenden Sie für ein Abonnement einfach den beigefügten Abschnitt.

### **Mitgliedschaft, Jahresbeiträge**

Schüler, Studenten 15,- Euro, Berufsanfänger 50,- Euro, Einzelmitglieder 100,- Euro, Fördermitglieder 125,- Euro, Mitglieder aus den neuen Bundesländern 75,- Euro.

Mitglieder erhalten die Zeitschrift „freiheit der wissenschaft“ und sonstige Veröffentlichungen des BFW kostenlos.

Mitgliedsbeiträge sind steuerbegünstigt (s. u.); sie erhalten ohne Aufforderung eine Spendenbescheinigung. Bitte verwenden Sie die beigefügte Beitrittsklärung und zur Vereinfachung der Zahlungen am besten auch die beigefügte Ermächtigung zum Bankeinzug.

### **Spenden**

Für Spenden auf das Konto Nr. 0233858, (BLZ 38070024) Deutsche Bank Bonn ist der Bund Freiheit der Wissenschaft dankbar. Spenden an den Bund Freiheit der Wissenschaft sind steuerbegünstigt (s. u.). Sie erhalten ohne Aufforderung eine Spendenbescheinigung. Für regelmäßige Spenden können Sie zur Vereinfachung der Zahlungen am besten die beigefügte Ermächtigung zum Bankeinzug benutzen.

Der Bund Freiheit der Wissenschaft e. V. ist wegen Förderung der Wissenschaft und der Volksbildung (entsp. Abschnitt A Nr. 4 der Anlage 1 zu § 48 Abs. 2 EStDV) nach dem letzten uns zugegangenen Freistellungsbescheid des Finanzamts für Körperschaften I von Berlin, StNr 27657/50589, vom 22. 2. 2007 für die Jahre 2003, 2004 und 2005 nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftsteuergesetzes von der Körperschaftsteuer befreit, weil er ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigten gemeinnützigen Zwecken im Sinne der §§ 51 ff. AO dient.

# Bund Freiheit der Wissenschaft e.V.

Bund Freiheit der Wissenschaft e.V.  
Charlottenstraße 65, 10117 Berlin  
Telefon (030) 204 547 04  
Telefax (030) 204 547 06

E-Mail [bund.freiheit.wissenschaft@t-online.de](mailto:bund.freiheit.wissenschaft@t-online.de)

Wir laden ein zu einer Tagung mit dem Thema

## „Was ist rechts – was ist links?“

### 13. bis 15. Februar 2009

in der Theodor-Heuss-Akademie, 51645 **Gummersbach**, Theodor-Heuss-Strasse 26.

Dies ist eine Gemeinschaftsveranstaltung des Bundes Freiheit der Wissenschaft, der Friedrich-Naumann-Stiftung und des Instituts für unternehmerische Freiheit.

Zum Inhalt der Veranstaltung finden Sie Hinweise in der Rubrik

„Aus der Arbeit des Bundes Freiheit der Wissenschaft“.

### Tagungsverlauf

#### *Freitag:*

19.00 Uhr **Professor Dr. Erich Weede** – Universität Bonn

Mensch und Gesellschaft: Die Implikationen des Menschenbildes für die Gesellschaftsordnung

#### *Samstag:*

9.00 Uhr **Dr. Jürgen Fröhlich** – Archiv des Liberalismus der FNSt

Liberalismus im Links-Rechts-Schema im Wandel der Zeit

11.00 Uhr **Dr. Holger Thuss** – Historiker und Publizist, Jena

Klassisch konservative und klassisch liberale Paradigmen im Zeitalter des Etatismus

14.00 Uhr **Professor Dr. Kurt Reinschke** – TU Dresden

Einfluß linker und rechter Parteilichkeit auf die Freiheit der Wissenschaft

16.00 Uhr **Professor Peter Brenner**, IMSW – Institut für Medienevaluation,

Schulentwicklung und Wissenschaftsberatung, Mering b. München

Alter Wein in neuen Schläuchen? – Zur Renaissance alter Denkmuster

in der Bildungsdiskussion

#### *Sonntag:*

9.00 Uhr **Dr. Hardy Bouillon**, Centre for the New Europe, CNE, Brüssel

Die Wandlung linker und rechter Politik am Beispiel der Sozialpolitik

11.00 Uhr **Rainhard Kloucek**, Paneuropabewegung Österreich, Wien

Gemeinsamkeiten linker und rechter Extreme

Über Ihre Teilnahme an der Veranstaltung würden wir uns sehr freuen.

Interessenten bitten wir um eine Mitteilung an den Bund Freiheit der Wissenschaft

(Telefon 030/20 45 47 04, Telefax 0 30/20 45 47 06,

e-mail [bund.freiheit.wissenschaft@t-online.de](mailto:bund.freiheit.wissenschaft@t-online.de); oder Anmeldung über die Website

<http://www.bund-freiheit-der-wissenschaft.de>). Sie erhalten dann rechtzeitig eine Einladung

mit den weiteren Angaben und ein Anmeldeformular.

Mit freundlichen Grüßen

*Dr. Hans Joachim Geisler    Dr. Winfried Holzapfel    Prof. Dr. Kurt Reinschke*  
*Vorsitzende*